

**Auf dem Weg
der
Erneuerung**



PDS

Dialog in der PDS
Landesverband Brandenburg
Heft 10
Zweiter Teil

**Der 17. Juni 1953
in Brandenburg**

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg
Heft 10, Zweiter Teil

Der 17. Juni 1953 in Brandenburg

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte beim
Landesvorstand Brandenburg der
PDS

Autoren: G. Rodegast (Wittenberge), J. Theil,
Ch. Bruch, B. Broßmann, K. Berg-
holz, (alle Prenzlau), M. Augustyniak
(Guben)

Redaktionsschluss: Juni 2003

Satz und Layout: Reinhard Frank

17. Juni 1953

1. Vorbemerkungen

Im zweiten Teil des Dialogheftes "Der 17. Juni 1953 in Brandenburg" kommen Autoren aus den Kreisen Perleberg, Prenzlau und Guben zu Wort. Diese Gebiete an der Nord – bzw. Ostgrenze des heutigen Bundeslandes Brandenburg werden in den bisherigen Darstellungen der Ursachen und des Verlaufs der ereignisreichen fünf Tage im Juni 1953 nicht oder nur am Rande erwähnt. Das betrifft vor allem die Prignitz und die Uckermark.

Guben wird im Rahmen des ehemaligen Bezirk Cottbus und der frühere Kreis Angermünde als Teil des damaligen Bezirk Frankfurt/O. berührt. Das widerspiegelt sich auch in den Ergebnissen der historischen Forschung z. B. in der kürzlich erschienenen Quellenedition zum 17. Juni 1953 in Brandenburg.

Die dargestellten Recherchen zu den Juniereignissen in den Kreisen Perleberg, Prenzlau und Guben in Stadt-, Kreis- und Landesarchiven in Potsdam und Schwerin sind Teil der Bemühungen, die noch vorhandenen Forschungslücken zu schließen. Die dabei aufgetretenen Probleme beschreiben die Schüler des Städtischen Gymnasiums Ch. Bruch, B. Broßmann und K. Bergholz in ihrem Beitrag zum Schülerwettbewerb 2003 "Der 17. Juni 1953 – Spurensuche" sehr anschaulich. Ihr Geschichtslehrer und Betreuer, Herr Theil, hat uns freundlicherweise ihre Arbeit übermittelt.

"Im Stadtarchiv wurden uns Blockakten und Stadtverordnetenprotokolle zur Verfügung gestellt, die vor allem über verwaltungstechnische und wirtschaftliche Probleme der Stadt sowie über die finanzielle Lage in dieser Zeit Auskunft gaben." Weiterhin fanden wir dort Aufzeichnungen über die Lebenssituation im Allgemeinen und spezielle Probleme einzelner Bürger. Informationen über Erhebungen oder Unruhen in Prenzlau waren jedoch nicht vorhanden.

Der 17. Juni wird auch in den Stadtverordnetenprotokollen aus dieser Zeit mit keinem Wort erwähnt. Wir schlossen daraus, dass in Prenzlau entweder keinerlei Ereignisse zu verzeichnen bzw. zu besprechen waren, oder man hatte damals Angst, sich zu diesen Themen kommunalpolitisch zu äußern. Erwartet hätten wir dann jedoch zumindest eine politische Grundsatzrede des damaligen Bürgermeister, der sich von den "westlich gesteuerten Horden der Provokateure" klar distanziert. Doch leider wurden wir auch hier nicht fündig. Wir beschlossen deshalb unsere Untersuchungen auf die Lebenssituation und spezielle Einzelschicksale auszuweiten und einzubeziehenden Zeitraum von 1950 bis 1954 auszudehnen, um auch Ursachen und Folgen der Ereignisse näher untersuchen zu können. Wir versuchten über öffentliche Ämter wie Gerichte, Polizei etc. an weitere Informationen zu gelangen, was aber nur teilweise Erfolge brachte. Wir suchten uns Zeitzeugen, um diese nach den damaligen Ereignissen zu befragen..."

Ähnliche Erfahrungen hat der Zeitzeuge (in Jena) und Historiker G. Rodegast im Kreis Perleberg gemacht.

Trotzdem sind im Ergebnis der beiden Recherchen bemerkenswerte Situationsberichte entstanden, die die widersprüchliche Diskussion zum 17. Juni 1953 beleben können.

G. Rodegast

Die Juniereignisse 1953 im Kreis Perleberg

Die nachfolgenden Ausführungen sind die erste zusammenfassende Skizze über die Ereignisse vor, am und nach dem 17. Juni im damaligen Kreis Perleberg, der zum Bezirk Schwerin gehört hat. Es gibt, was unsere Gegend anbelangt kaum Hinweise auf die Ereignisse.

Die dargelegten Fakten beruhen auf Akten des Landeshauptarchivs Schwerin. Es sind hauptsächlich die Berichte der Kreisleitung der SED Perleberg an die Bezirksleitung der SED Schwerin und die Berichte der Volkspolizei des Kreises an die vorgesetzte Behörde aus den Tagen um den 17. Juni.

Im Stadtarchiv Wittenberge sind keine Quellen vorhanden. ebenso im Kreisarchiv. Die Tagespresse ist kaum von den Ereignissen berührt. Befragte Zeitzeugen können über den 17. Juni kaum von irgendwelchen Geschehnissen berichten. In Erinnerung blieb meist der Ausnahmezustand.

Der Bezirk Schwerin wie auch der Kreis Perleberg war relativ ruhig. Abgesehen von einzelnen kleineren Geschehnissen gab es am 17. Juni und danach keine Vorkommnisse.

Die schriftlichen Quellen geben aber trotzdem Auskunft über manche Diskussion in den Betrieben und auf den Dörfern, über die Stimmung unter der Bevölkerung. Sie zeigen, welche Fragen und Probleme damals die Menschen besonders bewegten. Die Ausführungen sollen keine Geschichte des 17. Juni sein. Es wird nur auf einige historische Momente hingewiesen.

Das gesamte Thema bedarf einer weiteren Bearbeitung. Der Autor würde sich freuen, wenn weitere Quellen erschlossen würden.

Noch eine persönliche Bemerkung.

Der Autor war selbst Zeitzeuge der Ereignisse. Er erlebte den 17. Juni in einer thüringischen Industriestadt. Er hat als junger Student die Abläufe damals anders erlebt und eingeschätzt als das heute in der Rücksicht der Fall ist. Was nicht bedeutet, dass die damalige Sicht ein völliger Irrglaube gewesen ist. Es geht aber nicht um subjektive Wertungen und Wahrheiten, sondern um reale Fakten, was immer sie auch aussagen.

Das ist in unserem Gebiet in aller Kürze versucht worden.

Auf Literaturhinweise wurde verzichtet.

„50 Jahre sind seit dem 17. Juni 1953 fast vergangen, aber das Gestrüpp der Legenden hat bereits alles überwachsen und nahezu unkenntlich gemacht.

Die Legenden sind widersprüchlich. Es gibt „Westvarianten“ und die bis zum Zusammenbruch der DDR im Osten dominierende „Ostvariante“.

So schrieb der Literaturwissenschaftler Hans Meyer 1991 über den 17. Juni.¹

Für die DDR war der 17. Juni ein faschistischer Putsch, der wesentlich von außen inszeniert worden sei. Im Westen war er ein Volksaufstand gegen den Kommunismus und für eine kapitalistische Vereinigung. Deshalb auch bald Feiertag.

Beide Auffassungen werden der Kompliziertheit der Geschichte nicht gerecht.

Die Ereignisse selbst verliefen in den verschiedenen Landesteilen der DDR sehr

unterschiedlich, wobei Berlin als Auslöser und wegen seiner besonderen Situation als geteilte Stadt eine Sonderrolle spielte. Manchmal wird das, was in Berlin geschah für das ganze Land verallgemeinert, was sicherlich unzulässig ist.

An diese Ereignisse heranzugehen heißt, sie immer im Kontext mit der damaligen Zeit, d.h. den politischen, sozialen und ideologischen Kräften zu sehen und nicht vom heutigen Erkenntnisstand auszugehen.

Die 50er Jahre waren in ihrem Beginn ein Höhepunkt des kalten Krieges, der in Korea 1950 in einen heißen Krieg überging.

Es war ein Krieg, der zu jeder Zeit in eine weltumfassende Auseinandersetzung hätte führen können und das bei einem Besitz von Atomwaffen bei den damaligen Supermächten.

Dass diese Kernwaffen eingesetzt worden wären, ist sowohl von den USA als auch von der UdSSR einberechnet worden.

Die beiden deutschen Staaten waren an ihre jeweiligen Siegermächte gebunden. Die Bundesrepublik fühlte sich bedroht, wollte die EVG, eine eigene Armee und eine Beseitigung der DDR.

Dazu wurde im März 1952 der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands gebildet mit dem Ziel, detaillierte Pläne auszuarbeiten.

Die UdSSR und besonders auch Stalin sahen sich ihrerseits bedroht und forderten eine militärische Aufrüstung.

Davon war auch die DDR betroffen, nachdem Vorstellungen von einem wiedervereinigten neutralen Deutschland sich nicht realisierten.

Als vom 29. März 1952 bis 10. März 1952 Pieck, Grotewohl und Ulbricht bei Stalin zu Gesprächen waren, spielten militärische Fragen eine wichtige Rolle.

Das führte in der Folge zur Verschärfung des Grenzregimes zur BRD, zur verstärkten Werbung für die Volkspolizei und zu weiteren Maßnahmen.

Höhepunkt dieser Entwicklung war die 2. Parteikonferenz im Juli 1952. Sie beschloss nicht nur überraschend den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR, sondern in ihrem Gefolge eine Reihe weiterer folgenschwerer Festlegungen.

So am 1. Juli 1952 den Aufbau der Kasernierten Volkspolizei für die von Mitte 1952 bis Mitte 1953 2 Milliarden Mark ausgegeben werden mussten. Dazu kam als wehrvorbereitende Organisation die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) und die aber bald wieder aufgelöste Arbeitsorganisation „Dienst für Deutschland“. Beide verschlangen etwa 120 Millionen DM. Diese Kosten konnten nur durch Einsparungen im sozialen Bereich, durch Steuer- und Preiserhöhungen und Konsumreduzierung erreicht werden. Der forcierte Aufbau der Schwerindustrie führte zu Vernachlässigung anderer Bereiche der Gesellschaft.

Besonders im Jahre 1953 wurden drastische Einsparungsmaßnahmen beschlossen. So der Wegfall der Erschwerniszuschläge für Schwerstarbeit, die Streichung der Haushaltstage für alleinstehende berufstätige Frauen, Abschaffung der Fahrpreisermäßigungen für Arbeiterrückfahrkarten u. a..

Die Lebensmittelimporte wurden eingeschränkt, die ohnehin auf Kartenbasis bzw. hohen HO Preisen basierende Ernährung verschlechterte sich. Frisches Obst und Gemüse gab es nur noch für Diabetiker und Kinder.

Zusatzlebensmittelkarten für Intelligenz und andere Gruppen fielen weg.² Handwerker, Gewerbetreibende u.a. bekamen keine Lebensmittelkarten mehr, aber

Steuererhöhungen. Die Sozialversicherung brachte einschneidende Maßnahmen. Für Kuren z. B. musste der Urlaub genommen werden. Und schließlich wurden auf der 13. Tagung des ZK der SED vom 12. – 15. Mai 1953 die Arbeitsnormen administrativ um mindestens 10 % erhöht.

Mit harten Strafen ging man gegen Wirtschaftsvergehen vor. Dazu gehörten z. B. Nichterfüllung des Ablieferungssolls, Schwarzschlachten oder Holzbezug ohne Bezugsschein.

So berichtete am 6. Mai 1953 die SVZ, dass der in Bad Wilsnack tätige Fleischermeister F. 3 Jahre Zuchthaus wegen Wirtschaftsverbrechen erhielt. Im selben Monat wurden die Großbauern B. aus Dallmin und W. aus Mankmus zu 10 ½ Jahren Zuchthaus verurteilt wegen Sabotierung der Versorgung. Am 2. Juni wurde berichtet, dass der „Eisenbahnräuber“ Hermann D. zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Bei Elektromeister Sch. in Perleberg wurde wegen 14000 DM Steuerschulden das bewegliche Vermögen gepfändet, ebenso beim Tischlermeister S. in Bad Wilsnack. Bei einigen Bauern wurde das Bankkonto gesperrt. Betroffen war auch Kinobesitzer F. in Wittenberge. Größere säumige Steuersünder wurden auf Plakaten veröffentlicht bzw. in der Presse. Auf dem Dorfe konzentrierte man sich auf Großbauern, die als Gegner betrachtet wurden und die ja auch nicht Mitglieder der Genossenschaften werden durften. Am 3. Juni erschien ein polemischer Artikel über Berge unter der Überschrift:

„Wenn ein Großbauer Bürgermeister ist“

In den Dörfern, in denen noch Großbauern als Bürgermeister tätig waren, betrieb man ihren Abgang. So in Zwischendeich, Lütkenwisch, Müggendorf, Hinzdorf, Groß Gottschow u.a.

Der Bauer H., der trotz eines Besitzes von 35,49 ha Land in Groß Gottschow als Bürgermeister arbeitete und dem eine vorbildliche Tätigkeit bescheinigt wurde, verlor sein Amt.

In Hinzdorf wurde der Bürgermeister, auch Mitglied der SED, mit einer Strafanzeige belegt, weil er anderen Großbauern Schlachtscheine ausgestellt haben soll.³ Am 31. März informierte der Sekretär der Schulparteiorganisation der Wittenberger Oberschule vom Auftauchen „feindlicher Argumente“.

Dazu gehörten:

Erhöhung der Margarinepreise

Erhöhung der Preise für Perlonstrümpfe

Erhöhung der SVK Abgaben auf 14 % von einem Bruttogehalt von 480 DM aufwärts.

Man bat umgehend um Argumentationsgrundlagen, mit denen die Gerüchte entkräftet werden könnten.⁴

Die Republikflucht nahm zu. Es waren vor allem Bauern, Handwerker und Ladenbesitzer, die das Land verließen.

Im 1. Quartal des Jahres 1953 waren es in der gesamten DDR etwa 150000.

In privaten Diskussionen wurde die Ankündigung Walter Ulbrichts, dass es Ziel sei, in wenigen Jahren einen Lebensstandard wie noch nie in Deutschland zu erreichen, mit der Ankündigung Hitlers verglichen. „Gebt mir 4 Jahre Zeit und ihr werdet Deutschland nicht wieder erkennen.“

Oft wurde auch darauf hingewiesen, dass viel von Preiserhöhungen in Westdeutschland die Rede sei, nun aber so etwas auch in der DDR geschah. Am 6. März 1953

meldete die VP an ihre Bezirksbehörde, dass im RAW der Arbeiter Franz Sch. aus der Kesselschmiede geäußert haben soll:

Die Regierung der Kommunisten in der SU sei genauso wie es bei Hitler war. Er *„habe seine Erlebnisse in der Gefangenschaft geschildert, dass es ihm schlecht ergangen sei und viele Kameraden verhungert seien“*.

Sein Fall wurde vom MfS weiter bearbeitet.⁵

Natürlich spielte auch faschistisches Gedankengut eine Rolle und stachelte manche zu Handlungen an.

Am 1. Mai wurden z.B. in Wittenberge gegen Abend 220 Hakenkreuze in der Größe 7,5 x 7,5 gefunden.⁶ Auch in den Tagen nach dem 17. Juni gab es solche Erscheinungen, die dann der Losung vom faschistischen Putsch Nahrung gab. Es waren aber keine Massenerscheinungen. Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass erst 8 Jahre vergangen waren nach dem Ende des 2. Weltkrieges. Nazistisches Gedankengut war besonders auch in der Jugend noch lebendig.

Der Tod von Stalin im März 1953 war ein die Politik sehr beeinflussendes Ereignis. Viele Menschen waren ernsthaft erschüttert und Trauerbekundungen in aller Welt waren ehrlich. Viele stellten auch die Frage, wie es weiter geht in der Entwicklung der Sowjetunion und damit auch der anderen sozialistischen Länder.

Natürlich gab es auch Hoffnungen auf Veränderungen. Und nicht nur für den Sozialismus im positiven Sinn.

So äußerten sich in der Zellwolle in Wittenberge einige Kollegen:

Na ja, jetzt kommt der Umschwung und jetzt werden wir Euch aufhängen.

In der Textima soll ein Kollege Barforth geäußert haben, er weine Stalin keine Träne nach.

Öffentlich wurden aber solche Meinungen nur selten geäußert.

Zu den ideologischen Auseinandersetzungen gehörte das Vorgehen gegen die Junge Gemeinde.

Am 9. 6. veröffentlichte die SVZ einen Artikel mit der Überschrift:

„Die Bevölkerung fordert Schluss mit den Agentenorganisationen.“

Gemeint war die Junge Gemeinde, die auf Schloß Mansfeld angeblich eine Agentenzentrale unterhielt.

Im Monatsbericht der VP vom 29. Januar 1953 wurde von der gelungenen Eindämmung der Jungen Gemeinde gesprochen.

Darüber berichtete auch im Januar 1953 das Sekretariat der Kreisleitung an die Bezirksleitung. Auch hier hieß es *„dass der Einfluss der JG eingedämmt sei, aber dass die Anhänger doch noch stark an den Oberschulen in Wittenberge und Perleberg vertreten waren. Auch im Krankenhaus.“*

In Abbendorf gab es 20 Mitglieder der FDJ. Bis auf den Vorsitzenden waren alle anderen Anhänger der Jungen Gemeinde

Am 9. Juni 1953 beschloss das ZK der SED Korrekturen an der Wirtschafts- und Sozialpolitik, den sogenannten „Neuen Kurs“, nachdem die Partei von Moskau für die Ergebnisse ihrer Politik zurückgerufen wurde.

In einer TASS Meldung vom 11. Juni hieß es.

„Die Interessen solcher Bevölkerungsteile, wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurden vernachlässigt.“

So konnten enteignete Bauern ihre Betriebe wieder erhalten. Der Bauer Sch. aus Düpow erklärte, er wolle seinen Sohn wieder aus Westdeutschland zurückholen,

damit er seinen Betrieb wieder übernehmen kann.

Republikflüchtige Unternehmer und Landwirte wurden aufgerufen, zurück in die DDR zu kommen. Bei den Unternehmern zeigt sich eine zufriedener Stimmung, da ihnen wieder Lebensmittelkarten und Materiallieferungen zugesichert wurden. Ein Handwerker aus Groß Warnow begrüßte die Maßnahmen. Er sei, so erklärte er, bereit mitzuarbeiten bei der Erhaltung des Friedens, da er schon einen Sohn im Krieg verloren habe.⁷

Auf manchen Dörfern sollen Großbauern Trinkgelage veranstaltet haben.

In der Woche vom 9. bis 18. Juni traten im Kreis Perleberg keine Republikfluchten mehr auf. Erst danach begannen sie wieder.

Für die Arbeiter, bei denen es vor allem um die Normerhöhung ging, die beibehalten blieben und am 15. Juni ausdrücklich bestätigt wurden, wurde relativ wenig spürbar. Ja bei ihnen wurde das Unverständnis noch größer, da die Maßnahmen der Regierung die „Besserstehenden“ betraf und nicht in erster Linie sie.

Die Warenknappheit, der Schwund der Kaufkraft, der Lohnraub durch Normerhöhung, die Verteuerungen senkten den Lebensstandard und führten zu Verärgerung und Verbitterung.

So blieb insgesamt eine zweifelnde und abwartenden Stimmung.

Selbst innerhalb der SED gab es dazu eine Verunsicherung, da von den Funktionären Maßnahmen jetzt begründet werden mussten, für die es vor dem „Neuen Kurs“ eine ganz andere Interpretation gab.

Über all diese Maßnahmen und die sich daraus ergebenden Stimmungen brachte die Presse des Kreises, also die „Schweriner Volkszeitung“, kaum entsprechende Nachrichten.

Erst am 12. Juni beschloss das Sekretariat der Bezirksleitung, sofort offensive Aufklärung unter der Bevölkerung zu entfalten und zwar, wie es hieß, unter **allen** Teilen.

Dazu sollten Agitatorenkollektive gebildet werden, die die Politik der Partei im Zusammenhang mit dem Kommuniqué vom 9. Juni erläutern sollten.

Über das, was am 17. Juni in Berlin und in der Republik sich ereignet wurde in der Presse des Bezirkes nichts erwähnt.

Auch am 18. Juni wurde nichts über die Ereignisse gebracht. Es wurde lediglich ein Bericht veröffentlicht über die Berliner Kundgebung mit Otto Grotewohl und in einer Sonderausgabe wurde eine Mitteilung der Regierung über den Zusammenbruch „des von ausländischen Agenten angezettelten faschistischen Abenteuers in Berlin“ veröffentlicht. Grotewohl hatte die Unruhen sofort als „Werk von Provokateuren und faschistischen Agenten ausländischer Mächte und ihrer Helfershelfer aus deutschen kapitalistischen Monopolen“ bezeichnet.⁸

Stellt man die Frage, wie weit all die oben erwähnten Probleme und die Stimmungen in der Bevölkerung bei den führenden Mitgliedern der Kreisleitung der SED Perleberg eine Rolle gespielt haben, so zeigt eine Durchsicht der Protokolle der Sekretariatssitzungen der Kreisleitung Perleberg keine Anhaltspunkte.

Dafür einige Beispiele.

Am 9. Juni z. B. war das Hauptthema der vorgesehene Umtausch der Mitgliedsbücher der FDJ, wobei es vorrangig um organisatorische Fragen ging.

Sechs Seiten umfasste die Festlegung, des Rates des Kreises, die getroffen wurde, um am 15. Juni in Wittenberge den ersten Bauernmarkt durchzuführen. Und eine

Anlage.⁹

Man beschäftigte sich allen Ernstes mit Details des Verkaufs von Waren. So z. B., dass 20 große Töpfe, sowie Äxte und Beile, 10 Emailleimer, 125 Kochtöpfe mit Deckel, 15 Wäscheleinen, 5 Siebe, 10 Wasserkanister u.s.w. verkauft werden können. Ein Stand mit Bohnenkaffee, einer mit Bockwurst, einer mit belegten Brötchen sollte aufgestellt werden.

Über die Stimmung in Wittenberge gab es Anfang des Jahres einige Aussagen im Entschließungsentwurf der Stadtparteiaktivtagung der SED vom 29. Januar 1953. Es gebe einige Erfolge bei der Hebung des Bewusstseins, aber das politische Bewusstsein halte nicht Schritt mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. So bestünden bei einer Reihe von Genossen Unklarheiten in der Bündnisfrage zur Intelligenz..

Bei der Bevölkerung herrsche immer wieder eine Verkennung der Bedeutung der Sowjetunion im Friedenskampf vor. Man müsse den Kampf gegen den Objektivismus, Sozialdemokratismus und gegen das Sektierertum führen.

In Wittenberge war das Warenangebot und die Versorgung besonders schlecht. Es gab stets einen Mangel an Versorgungsgütern. Da aus den umliegenden Orten täglich sehr viele Bürger nach Wittenberge kamen, war die Stadt ständig ausverkauft. Auch die HO-Läden. Mangel an solchen Artikeln wie Kartoffeln oder Margarine war immer spürbar.

Bei der Einverleibung des Kreises Perleberg in den Bezirk Schwerin soll für Wittenberge viel versprochen worden sein, aber es wurde nicht viel gehalten. Vorgesehene und versprochene Projekte wie Neubau von Kulturhaus. Kinderkrippe und Kindergarten wurden immer wieder verschoben.

In Wittenberge war am 17. Juni kaum etwas von den Ereignissen in Berlin zu spüren. Das trifft übrigens auch für den ganzen Kreis Perleberg zu.

So erfuhr man z. B. in den Ölwerken durch Funktionäre der Kreisleitung am Nachmittag, dass in Berlin demonstriert werde. Das wurde nicht weiter kommentiert, sodass die verantwortlichen Funktionäre des Betriebes nach Hause gingen und erst am späten Abend zurückgerufen wurden.

Befragte Zeitzeugen können sich an keine besonderen Ereignisse erinnern. Lediglich der dann einsetzende Ausnahmezustand und die Anwesenheit sowjetischer Truppen in Wittenberge ist in der Erinnerung geblieben. Der Ausnahmezustand führte z. B. in der Zellwolle zu einer Veränderung der Arbeitszeit. Dabei fielen Überstunden an, die bezahlt werden mussten. Die Betriebsleitung der Zellwolle verbesserte die Verpflegung in der Nacht. So wurde die beste Köchin für die Dauer des Ausnahmezustandes für die Nachtschicht eingesetzt. Es wurde angeregt, ein Schwein aus der betriebseigenen Schweinemästerei zu schlachten und aus dem Direktorenfond zu bezahlen.¹⁰

Es sollen Ansätze zur Arbeitsniederlegung vorhanden gewesen sein, im **RAW** soll es sogar zur Bildung eines Streikkomitees gekommen sein, exakte Fakten sind aber darüber nicht nachweisbar. Mögliche Organisatoren sind nicht gefunden worden. Auch die Meldungen der VP und die Berichte der Kreisleitung an die Bezirksleitung geben darüber keine Auskunft. Seitens der VP war die Stadt Wittenberge Schwerpunkt des Kreises und man konzentrierte in der Folgezeit dort die Hauptkräfte. Es waren insgesamt 31 VP Angehörige.

In der Volkspolizei ging es am 17. Juni teilweise drunter und drüber. Die verschiedensten Stellen erließen Befehle, ohne dass der eine von dem anderen wusste. Der Ernst der Situation und die kritische Lage wurde, so wurde am 23. Juni in einem Bericht an die Bezirksbehörde eingeschätzt, noch nicht erkannt.¹¹

Für alle VP Angehörigen wurde Kasernierung angeordnet. In einer Anordnung der Chefs der Bezirksbehörde der VP hieß es.

*„Es ist besonders darauf zu achten, dass die eingesetzten Volkspolizisten diszipliniert, höflich und korrekt den Bürgern gegenüber verhalten“*¹²

In den **Zellstoffwerken** wollten sich 4 Arbeiter einer Berliner Baufirma mit ihren Kollegen aus der Hauptstadt solidarisieren. Eine Ausweitung konnte aber durch individuelle Agitation und durch Gespräche verhindert werden.

Um 16 Uhr organisierte die Kreisleitung der SED im Betrieb eine Versammlung der Genossen Agitatoren, Meister, der Abteilungsleiter, sowie der Abteilungsgewerkschaftssekretäre. Um die Stimmung bei Schichtwechsel zu erkunden, wurde von der Partei für die Schichten ein verantwortlicher Genosse eingesetzt. Man stellte bei Schichtwechsel um 22 Uhr 30 fest, dass es keine Arbeitsniederlegungen gegeben habe.¹³

Am 18. Juni, morgens gegen 2 Uhr 15 wurden alle Meister und Brigadiere sowie die zuverlässigsten Genossen zusammengefasst und weitere Maßnahmen festgelegt. So sollten z. B. die Kollegen aus Perleberg mit einem Wagen abgeholt werden.

Um 7 Uhr 30 sollte eine weitere Versammlung stattfinden.

Die Nachtversammlung brachte aus den Abteilungen Zellwolle, Viskosekeller, Mischerraum und Spinnsaal aber eine Reihe von Problemen zu Tage.

Dem Bericht der Kreisleitung zufolge forderten die Arbeiter mehr Lebensmittel, besonders Butter, Schmalz und Fett. Die Arbeiter des Viskosekellers sprachen davon, dass die Normen von Packpressen administrativ angeordnet seien und sie nur mit einer geringen Normerhöhung einverstanden seien. Die Waschmaschinenfahrer im Viskosekeller stellten die Frage, warum ein großer Unterschied zwischen dem Lohn der Waschmaschinenfahrer und der Filterpressenpacker vorhanden sei. Im Mischerraum der Abt. Zellwolle wurde erregt über die Gesundheitszulage diskutiert. Man forderte statt der bestehenden 10 % mindestens 15 %. Besonders der Kollege Pieth vertrat den Standpunkt der Kollegen.

Im Spinnsaal ging es um Fragen der Bekleidung, der Umkleideschränke, um die Versorgung mit Vollmilch statt Magermilch, um Lohnfragen und um die Zuteilung der Lebensmittelkarte A. Auch die Be- und Entlüftung wurde heftig kritisiert. Als besonders aktiv in der Diskussion trat der Genosse Heinz Seyer auf. Er drohte mit anderen Maßnahmen, wenn die Forderungen nicht erfüllt würden.¹⁴

Offiziell wurde auch später immer wieder in der Presse, als auch in internen Einschätzungen verkündet und vermerkt, dass die Arbeit in den Betrieben der Städte, als auch auf dem Lande planmäßig verlaufen sei, was wohl auch den Tatsachen entsprach.

Die Ölwerke sollen am 17. Juni den Tagesplan mit 114 %, die Nähmaschinenwerke mit 130 % und die Zellwolle mit 103 % erfüllt haben.

Allerdings wurden den Genossen Giese und Muchow von den Ölwerken vorgeworfen, sie seien selbstzufrieden gewesen, da sie am Abend des 17. Juni, wie bereits erwähnt, nach Hause gingen und sich schlafen legten.. Erst durch lange Diskussionen seitens der Kreisleitung hätten sie überzeugt werden können, dass

der Parteisekretär und der Betriebsleiter sich ständig bei den Kollegen aufhalten müssten.¹⁵

Im Bericht des Sekretariats der Kreisleitung an die Bezirksleitung wurde hervorgehoben, dass besonders die technische Intelligenz der Zellwolle, z.B.. Dr. Jäger, Kuboth und Runger ständig im Betrieb waren und die Produktion überwachten. Auch im **RAW** soll alles ruhig gewesen sein. Nur in der Nachtschicht soll in der Schmiede die Äußerung gefallen sein:

„Bei Generalstreik wird man den Genossen Witt im Schmiedeofen verfeuern.“ Es kam aber zu keiner Demonstration oder Streik.¹⁶ Der Plan für den Monat Juni wurde mit 185% erfüllt. Lediglich am 18. Juni kam es zu kleineren Diskussionsgruppen.

Im Bezirk Schwerin insgesamt war es ruhig. Allerdings kam es am 16. Juni bereits zu einer Demonstration mit Arbeitsniederlegungen in der Möbelfabrik in Güstrow. 700 Streikende waren es, die aber nach zwei Stunden die Arbeit wieder aufnahmen. Ansonsten fanden keine Streiks und Arbeitsniederlegungen statt. Es gab eine Festnahme. Von der Schusswaffe wurde kein Gebrauch gemacht.

Von Schwerin aus war der Ausnahmezustand ausgerufen worden. Der sowjetische Militärkommandant hatte für den ganzen Bezirk ab 17. Juni 21 Uhr alle Versammlungen, Meetings und Demonstrationen verboten. Von 21 Uhr bis 5 Uhr früh hatte jeder Autoverkehr zu ruhen. Alle Ansammlungen über drei Personen waren verboten. Zur Sicherung wurde die Sowjetarmee eingesetzt.¹⁷

So auch in Wittenberge, wo wahrscheinlich Truppen aus der Perleberger Garnison eingesetzt wurden.

Zeitzeugen erinnern sich daran, dass z. B. durch das Militär bestimmte Teile der Stadt, es handelte sich wohl um die Industriegebiete, nicht betreten werden durften. Für das Nähmaschinenwerk wurden erhöhte Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet und auch das MfS einbezogen.¹⁸

Die Einmischung der Sowjetarmee spielte in vielen Diskussionen eine Rolle und wurde vielfach abgelehnt. So äußerte sich ein Arbeiter aus dem Kesselhaus in der Zellwolle:

„Warum mischte sich die Sowjetmacht ein? Das wäre doch alles Sache der Volkspolizei gewesen.“

Ein anderer hatte kritisiert, dass die sowjetische Militärkommandantur sich in Berlin eingeschaltet hatte. Im Nähmaschinenwerk sagte ein SED Mitglied, dass er die Maßnahmen der Besatzungsmacht in Berlin noch verstehen könne, aber dass sie hierher kommen mit Stahlhelm und in voller militärischer Ausrüstung, sei ihm unverständlich.

In der Besprechung in der Zellwolle am 18. Juni wurde darauf folgendes geantwortet: *“Die SU sei Initiator der Friedensbewegung.“*

Flugblätter spielten an einigen Stellen ein Rolle.

In Perleberg wurde ein Flugblatt, geschrieben mit Schreibmaschine auf einfachen Papier mit der Überschrift:

Deutsche – Unterdrückte der Ostzone
gefunden.¹⁹

Ein Flugblatt wurde auch in Grube, zwei in Wittenberge gefunden. In Reetz waren es 153 und in Rüterberg bei Dömitz 2000. Man vermutete Abwurf durch Flugzeuge.²⁰

In der Toilette der MTS Glöwen wurden sechs Broschüren gefunden, die folgenden Titel trugen:

1. Wir Arbeiter werden siegen und die Russen jagen
2. Alle gemeinsam gegen die Russen
3. Wir wollen Deutschland wie früher (mit Hakenkreuz)
4. Rote Fahnen nicht mehr auf dem Brandenburger Tor
5. Wir werden die Regierung stürzen
6. Weg mit der FDJ - streiken.

Der letzte Titel deutet darauf hin, dass es sich wohl um jugendliche Verfasser gehandelt hat.

Stärkere Unmutsbezeugungen traten in den folgenden Tagen auf.

Seit dem Abend des 18. Juni registrierte die Volkspolizei in ihrem Wochenbericht eine „fiebrige Feindtätigkeit“. So trat das Gerücht im **RAW** auf, dass am 26. und 28. Juni „Blutnächte sein sollen.“²¹ Es ging der Hinweis bei der VP ein. Dass die Arbeiter des RAW am 23. Juni 1953 streiken wollten. Die Kreisleitung der SED schickte 50 „gute Genossen“ zur Ortsleitung, damit sie als Agitatoren eingesetzt werden konnten. Die Transportpolizei übernahm die Sicherung des Bahngeländes und am 19. Juni wurde gegen 23 Uhr die höchste Alarmstufe ausgerufen. Es blieb aber alles ruhig.

Die Kreisleitung der SED schrieb in ihrem Bericht an die Bezirksleitung vom 21. Juli 1953:

„In diesen Tagen konnte immer wieder festgestellt werden, dass der Riashetze bei den Kollegen immer wieder Gehör geschenkt wurde.“

Eine Reihe Mitglieder der SED vermieden es, mit Parteiabzeichen aufzutreten. Sie erklärten, angeblich gebe es bei der Stadtleitung keine Abzeichen. Diskutiert wurde, besonders in der Malerei des Betriebes, das Eingreifen der sowjetischen Truppen und man weigerte sich vielfach Beiträge für die Gesellschaft für Deutsch Sowjetische Freundschaft zu zahlen. Ein FDJler, der mit dem Blauhemd zur Arbeit erschien, wurde daraufhin angesprochen.

Im Bericht hieß es.

„Zu bemerken ist, dass besonders unter den jüngeren Arbeitskollegen (im Alter von 25 bis 35 Jahren) eine schlechte Stimmung zu bemerken war, die aber nicht offen zum Ausdruck kam. Man konnte dieses nur an den Gesichtern und den Antworten feststellen.“²²

Der Versuch, von Kollegen Treueerklärungen zur Regierung zu erhalten, scheiterte. Man redete sich damit heraus, dass man ja arbeite und dadurch die Regierung unterstütze.

Zwei Heizer aus dem Kesselhaus nannten etwas später die Zerschlagung von HO-Läden und Inbrandsetzung von Kiosken in Berlin und anderswo als eine große Schweinerei. Sollten solche Leute in den Betrieb kommen, dann *„hauen wir ihnen den Hintern voll“*.

Einige Kollegen beschwerten sich, dass sie während des Ausnahmezustandes nicht zum Angeln über die Elbbrücke gelassen wurden. Sie hätten das Recht, nach sechs Tagen angespannter Arbeit, sich am Wasser zu entspannen.

Die Mehrzahl der Kollegen des Betriebes war abwartend. Es wurde eingeschätzt, dass „noch immer nicht bei allen Kollegen das Vertrauen zur Regierung wiedergewonnen wurde.“

In **Perleberg** erhielt ein Staatsanwalt anonyme Telefonanrufe, in denen gesagt wurde, bald marschiere die SA wieder und er stehe bereits auf der schwarzen Liste. In Perleberg hatte ein Einwohner, es war der Vorsitzende des Stadtbezirkes der Nationalen Front, Opelt, an seinem Haus ein Transparent angebracht mit der Aufschrift:

„Die Einwohner dieses Hauses verpflichten sich, den Westsender Rias nicht ab-zuhören.“

Der Hausbesitzer erhielt in einem Briefumschlag die Antwort:

Opelt, wenn du Lump nicht das Transparent von deinem Hause entfernst, schlage ich Dir die Buntmetallsammlung um den Arsch. Du Bonze, Du Strolch“.

Die Schrift des Briefes war verstellt., der Poststempel unleserlich. Es war lediglich zu erkennen, dass er am 17. Juni abgeschickt war. Die Angelegenheit wurde dem MfS übergeben. Das Ergebnis wurde nicht bekannt.

In Wittenberge versammelten sich am 18. Juni in der Bahnstraße ca. 200 Personen, die aber nach Aufforderung auseinander gingen.

An der Mauer der U-Haftanstalt des Wittenberger Amtsgerichtes war die Losung angemalt worden.

"Spitzbart und Brille, ist nicht des Volkes Wille"

Einer soll folgenden „Witz“ erzählt haben:

Was heißt Konsum? Keine Oder Neiße, sonst unser Memel.

Am 19. Juni gegen 20 Uhr 15 versammelten sich in der Bahnstraße 60 – 80 Jugendliche und veranstalteten ein Pfeifkonzert. Sie wurden durch Angehörige der VP und sowjetische Soldaten auseinandergetrieben.

Am gleichen Tag hatten sich an der Elbe eine Reihe von Wittenberger eingefunden. Sie waren wohl einem Gerücht gefolgt, das in den Tagen nach dem 17. Juni die Runde machte. Es soll, so munkelte man, die Nachkriegsordnung wieder verändert werden. Die Amerikaner sollen wieder bis zur Elbe vorrücken wie im Mai 1945. Arbeiter aus Seehausen hätten erklärt, sie müssten dann zum letzten Mal in Wittenberge arbeiten.

Das Sekretariat der Kreisleitung rügte, dass diesem Gerücht nicht genügend entgegengetreten werde. So habe die Verantwortlichen des Nähmaschinenwerks durchgegeben

Im Betrieb nichts Neues, Lage ruhig ohne auf dieses Ereignis einzugehen.

Auch ein anderes Gerücht ging um. Es sei, so hieß es, am 28. Juni ein neuer Aufstand geplant. In einigen Betrieben wurde darüber diskutiert, dass angeblich in Berlin und Leipzig wieder Demonstrationen durchgeführt wurden, zwecks Freilassung von Inhaftierten.

In Perleberg verbreitete ein Rentner die Auffassung, dass in der Regierung große Veränderungen vorgenommen würden. Der Präsident sei entlassen worden und mit Walter Ulbricht sei auch etwas nicht in Ordnung. Wilhelm Pieck wurde fortgejagt, weil er angeblich eine andere Politik wollte.²³ Es sei ein Minister mit der Leitung der Regierungsgeschäfte beauftragt worden. *„Die haben ein gewaltiges Loch zurück gesteckt.“*²⁴

In einer Diskussion zwischen drei Männern und einer Frau wurde geäußert, dass man jetzt nicht mehr über den Generalkriegsvertrag Adenauers argumentieren könne, da man hier zuerst den Ausnahmezustand ausgerufen habe.²⁵

In Perleberg diskutierten Frauen wie folgt:

Wenn ein kleiner Mann einen Fehler begeht, dann wird er mit Zuchthaus bestraft, jetzt aber hat unsere Regierung einen großen Fehler gemacht, warum wird Grotewohl, Ulbricht und wie sie alle heißen nicht auch bestraft. Hat es denn soweit kommen müssen, dass solche furchtbaren Dinge wie in Berlin passieren?

Ulbricht wurde völlig abgelehnt. Es wurden Neuwahlen gefordert. Adenauer sei in Berlin und verhandle schon darüber.

In der Landwirtschaftsbank Wittenberge wurde auf Anweisung des Leiters, eines Mitgliedes der CDU, die Bilder von Pieck, Ulbricht, Stalin und Minister Scholz abgehängt und erst nach einer Aussprache wieder an den alten Platz gebracht. Auch im RAW Perleberg wurden zwei Bilder von Grotewohl und Ulbricht abgehängt und auf den Tisch gelegt.

Auf einer Bahnfahrt vom Wittenberge nach Perleberg äußerte eine „Jugendfreundin“: *„Endlich sind sich die Arbeiter einig, es war ja kein Leben mehr in der Republik. Heute lässt sich Walter Ulbricht bestimmt nicht mehr sehen, denn dann haute man ihm die Schnauze voll. Die Direktorin des Wasserstraßenamtes in Berlin ist auch in den Streik getreten. Nun wird es bald anders werden.“*

Das Sekretariat der Kreisleitung schätzte ein, dass vom größeren Teil der Bevölkerung die Ereignisse nicht richtig erkannt werden.

Die Argumentation, dass die Ereignisse in Berlin vom Westen organisiert seien, wurde nicht geteilt. Teilweise auch von Mitgliedern der SED nicht.

Dr. Henneberg in Perleberg war der Auffassung, dass die Ereignisse in Berlin keine von westlichen Agenten angestiftete Provokation sei, sondern Auswirkungen von Unruhen unter der Bevölkerung.²⁶ Auch in der MTS Wolfshagen und in Düpow vertraten Genossen die Auffassung, dass die Ereignisse des 17. Juni auf die Unzufriedenheit der Bevölkerung zurückzuführen sei.

Auch bei einer Reihe von Lehrern gab es Zurückhaltung.

Selbst bei einem Teil der leitenden Funktionäre wurde der Ernst der Lage völlig verkannt, d.h. sie wollten das Argument nicht wahrnehmen, dass der 17. Juni von den „westdeutschen Imperialisten“ organisiert worden sei.

Nach Meinung des Sekretariats waren manche Funktionäre kopflos.

Die Kreisleitung der FDJ beschäftigte sich z.B. ausschließlich mit dem Umtausch der FDJ Dokumente und wusste von dem, was am 17. Juni im Kreis passierte herzlich wenig

In den Betrieben wurden in den Tagen nach dem 17. Juni eine Vielzahl von Forderungen gestellt. So z. B. eine 40%ige HO Preissenkung. Dieser und anderer Forderungen stimmten manche Funktionäre zu. In der Zellwolle, wo die Parteiorganisation vom Sekretär Brunzel geleitet wurde, wurde, so hieß es, „negativen Stimmungen nachgegeben und vor dem „Feind“ kapituliert. Der Feind wurde allerdings nirgendwo konkret benannt. Parteifunktionäre sollen durch langes Gerede über berechnete Forderungen der Arbeiter versuchen, das Vertrauen der Kollegen erhalten. Die Parteifunktionäre im Nähmaschinenwerk und in den Ölwerken waren der Meinung, dass bei ihnen alles in Ordnung ist, sie seien gleichgültig und betrieben keine offensive Agitation. In der Poliklinik Perleberg trugen die Genossen keine Parteiabzeichen mehr und wollten auch keinen FDGB Beitrag mehr zahlen. Auch der Lehrer F. aus Motrich nahm das Parteiabzeichen ab, weil er glaubte, als Genosse nicht mehr mit der Bevölkerung über den „Neuen Kurs“ sprechen zu können.

Etwas später wurde der Parteisekretär der Zellwolle des Kapitulantentum beschuldigt. Er hätte keine kämpferische Haltung und gäbe feindlichen Stimmungen nach. Er hatte geäußert, man solle ihn und die anderen Betriebe 14 Tage in Ruhe lassen, um arbeiten zu können. Wahrscheinlich waren ihm die ständigen Agitatoren und das Berichteschreiben auf die Nerven gegangen.

Der Politleiter der MTS Glöwen wollte angeblich die Freilassung eines „faschistischen Provokateurs“ erzwingen.

Der damalige Hausmeister der Wittenberger Poliklinik, Mitglied der SED, meinte, wenn die Partei auf die Massen gehört und Grotewohl und Ulbricht als Führer der Partei abgelehnt hätte, wäre die Partei gerettet gewesen. Er lehnte die Verteilung von Agitationsflugblättern ab, da er als Hausmeister mit der Sache nichts zu tun habe. Neben der FDJ scheinen die Gewerkschaften nach Meinung des Sekretariats überhaupt versagt zu haben. Viele sahen in der Gewerkschaft nicht mehr ihre Interessenvertretung, da sie kaum auf die berechtigten Forderungen der Kollegen einging. Es gab nach dem 17. Juni auch in den verschiedensten Betrieben Austritte aus der SED.

Im **Nähmaschinenwerk** erklärten zwei Mitglieder den Austritt aus der Partei. Der Arbeiter Wilhelm B. erklärte sich mit den Bauarbeitern in Berlin solidarisch und der Ingenieur Georg R., Mitglied der Partei seit 1. Mai 1947, gab gesundheitliche Gründe an..

Der 39 jährige Ingenieur Arthur L., seit 1946 in der SED, trat aus, weil er mit den Maßnahmen in bezug auf die Großbauern und den Großhandel nicht einverstanden sei und dass nicht mit seinem Gewissen vereinbaren könne.²⁷

Ein Arbeiter aus der Gussabteilung des Nähmaschinenwerkes vertrat die Meinung, dass die Ostsender von den wenigsten gehört werden. Er meinte weiter, dass das, was diskutiert wird, sofort der Partei berichtet wird.

„Wenn wir einen mit dem Parteiabzeichen sehen, so haben wir schon Angst etwas zu sagen.“

Der Mitarbeiter der Bezirksleitung, der diesen Bericht las, vermerkte an den Rand „typisch“, was darauf hindeutet, dass diese Meinung keine Einzeläußerung gewesen ist.²⁸

Die Kreisleitung der SED schätzt am 21. Juni ein, dass der Grund für die Stimmung im **RAW** in den meisten Fällen in der Parteileitung zu suchen ist. Sie bilde kein „kollektives Ganzes“. Man war sich also nicht einig. So lehnte es ein Arbeiter, der Genosse L. der Leitungsmitglied war ab, in seiner Freizeit zusätzlichen Dienst zu tun.²⁹

Der 17. Juni hatte im Kreis Perleberg auch auf dem Lande eine geringe öffentlich sichtbare Resonanz.

In einer Anzahl von Dörfern hatten sich 1952 nach der 2. Parteikonferenz eine Reihe von LPG gebildet. Bis zum Februar 1953 hatten sich im Kreis 18 LPG en gebildet. Die SED war in 10 Genossenschaften mit einer Betriebsgruppe vertreten, d. h. mit mehr als 3 Mitgliedern. Dort, wo nur zwei Genossen existierten, sollte der Brigadier der zuständigen MTS Mitglied der Genossenschaft werden.

Auf den Gründungsversammlungen kam es zum Teil zu sehr interessanten Diskussionen. So in der Gemeinde Rohlsdorf. Am 27. Januar 1953, an der 37, wie es hieß „Kollegen Bauern“ teilnahmen, darunter auch Großbauern.³⁰

So wurde die Frage aufgeworfen, warum nicht schon 1945 die Gründung der LPG

vorgenommen wurde. Damals wäre es doch leichter gewesen als jetzt, wo man sich alles hart erarbeitet habe. Bei einem Zusammenschluss in der LPG müsse man wieder von vorn anfangen. Das Argument war weit verbreitet.

Es sei auch ein Fehler gewesen, dass man die Bauten der ehemaligen Güter habe abreißen lassen, heute könne man sie brauchen. Auch sei in der LPG kein acht Stundentag möglich.

Ein 10 ha Bauer, der gleichzeitig noch als Handwerker tätig war erklärte.

„Heute ist der Zusammenschluss noch freiwillig, aber in ein paar Jahren wird es Zwang sein.“

Es wurde die Frage gestellt: Womit will die LPG ihre Mitglieder bezahlen, wenn einmal ein Dürrejahr ist und es keine Einnahmen gibt. Ein größerer Bauer machte sich Sorgen, dass die Großmaschinen nicht eingesetzt werden können, da auf der einen Seite Sandboden ist, wo die Maschinen große Spuren hinterlassen und auf der anderen Seite nasser Boden, wo die Maschinen ersaufen.³¹

Tumultartig verlief auch die Gründungsversammlung am 29. Januar 1953 in Nebelin. Die Gaststube war voll und als der Referent erschien, waren schon viele angeheitert. Der Vertreter der Kreisleitung der SED wurde aufgefordert sich hinzusetzen, er habe sowieso nichts zu sagen. Als die Vorzüge moderner Technik gepriesen wurden, rief ein Bauer dazwischen: *„Das ist alles Schwindel und Quatsch, dass kann kein Mensch erfüllen.“* Zur Gründung einer LPG rief er: *„Bei uns nicht.“* Die Stimmung eskalierte, man sang alte Wehrmachtslieder, einer stimmte sogar die Nazihymne „Die Fahne hoch“ an, was der Gastwirt sofort unterband. Es soll auch gerufen worden sein: *Licht aus, Messer raus, schmeißt die Hunde zum Fenster raus.*³²

Die ganze Angelegenheit führte dazu, dass die Sache dem MfS übergeben wurde und vier Personen, darunter drei Bauern verhaftet wurde.³³ Allerdings verlief die Sache wegen Mangel an Beweisen im Sande.

Die Propagierung neuer Methoden, wie z. B. Rinderoffenställe, die zur Senkung der Milchleistungen führte stießen auf Ablehnung.³⁴

Die Beispiele aus den Dörfern könnten beliebig fortgesetzt werden. Die LPG-Gründung führte zu heftigen politischen, zum Teil auch persönlichen Auseinandersetzungen auf dem Lande.

In Mellen soll ein betrunkenen Großbauer gesagt haben:

„Ihr von der LPG pflanzt nur, ernten tun wir und außerdem stehen für Euch LPG-Bauern schon Knüppel bereit.“

Die alteingesessenen Bauern standen oft den Neubauern und Landarbeitern gegenüber. Letztere waren eher den Argumenten für die Genossenschaft zugänglich.

Auf den Dörfern war erst in den Tagen nach dem 17. Juni größere Reaktionen bemerkbar. Im Kreis wurde festgestellt, dass die Erfassung von Schweinefleisch, Milch und Eiern zurückging, da mehr für den Eigenbedarf verwendet wurde. Die quartalsmäßige Ablieferung, die vorgeschrieben war, wurde in der Folgezeit oft nicht eingehalten. Die Bauern vertraten die Meinung, dass sie erst am Ende des Jahres den genauen Überblick über den Viehbestand haben. Die VEAB hatte allerdings auch keinen Überblick über die Ablieferung der Gemeinden. Ungenügende Belieferung der Einzelbauern mit Kunstdünger und unberechtigter Wiesenumbruch führte zu Verärgerungen. Allgemein wurde eine Sollherabsetzung zugunsten der

freien Wirtschaft gefordert.

Kritik wurde auch an der Arbeit des Konsums geübt.. So gab es in Berge keinen Kaffeeersatz, in Guhlsdorf und in Klein Gottschow keine Marmelade, keinen Kunsthonig und keinen HO-Zucker.

Nach dem 17. Juni machten sich Auflösungserscheinungen in den Genossenschaften bemerkbar. In den LPG Schilde und Glöwen gab es Austrittserklärungen.

In Wolfshagen verließen 14, in Postlin 22, in Kletzke sechs, in Birkholz drei, in Bendelin drei und in Tacken zwei Mitglieder die Genossenschaft.

Die VP berichtete, dass in Groß Lüben 90 % der Bevölkerung die Regierung Gro-tewohl ablehnt. Auch die Gründung einer LPG wurde vollkommen abgelehnt. Eine Technisierung der Landwirtschaft würde begrüßt. Man wollte die freie Wirtschaft für den Bauern. Das Soll muss herabgesetzt werden. Aus dem Ort war 1953 der Großbauer W. nach Reetz ausgesiedelt worden. Er wollte nun seinen Hof wieder zurück. Der anwesende Vertreter des Rates des Kreises meinte dazu, er solle erst einmal das Geld zurückzahlen, dass bei seiner Abwesenheit in die Wirtschaft gesteckt worden sein. Das sei aber nutzlos, da ihm in zwei Jahren die Wirtschaft für immer fortgenommen würde. Die SED-Kreisleitung meinte, dass durch solche Reaktionen die negativen Stimmungen im Dorf nur verschlechtert würde.

Andere Großbauern des Ortes stellten den Antrag, wieder in die VdGB und BHG³⁵ aufgenommen zu werden. Gefordert wurde auch, einen Bauern, der zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war – er soll auf einer Versammlung das faschistische Englandlied gesungen haben – freizulassen. In Groß Lüben hatte die VdGB zu dieser Versammlung eingeladen. Die Bauern meinten, dass so harte Auseinandersetzungen vor drei Wochen nicht möglich gewesen wären. Da hätte immer jemand mitgeschrieben und am anderen Tag wäre die Polizei gekommen und hätte Verhaftungen vorgenommen. In Groß Gottschow brachte eine Siedlerin ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass in Berlin die Arbeiter streiken. Ein SED-Mitglied soll sogar zusammen mit Großbauern den Gemeinschaftsempfang vom RIAS durchgeführt haben.³⁶

Ein Zeitzeuge erinnert sich an eine lebhaft Bauernversammlung in Blüten. Es sei die härteste Versammlung seines Lebens gewesen. Über 100 Leute waren anwesend und es wurde die Forderung nach „freier Bauernwirtschaft“ geäußert.³⁷ Immer wieder tauchte in den Diskussionen auf dem Lande das Problem der Ablieferung auf. Es wurde die Forderung nach Streichung des Ablieferungssolls erhoben und eine freie Marktwirtschaft für die Bauern.

Kritik wurde aber auch geübt an der Haltung zu den zurückgekehrten Republikflüchtigen. Sie würden besser behandelt und man verstehe nicht, warum denen das Soll gestundet würde und den anderen nicht.³⁸

Die Kreisleitung schätzt die Situation insgesamt wie folgt ein:

„Zum Anfang zeigte sich, dass die Diskussionen richtig waren, aber täglich schlechter werden. Wenn zum Anfang Unklarheiten waren, dann kann man jetzt sagen, dass es feindliche Argumente sind. Unsere Politleiter berichten, dass die Arbeit in den Gemeinden sehr schwer geworden ist, sie werden meistens ausgelacht.“³⁹

Am 19. Juni wurde in der SVZ ein Artikel von Bernhard Quandt veröffentlicht, der berichtete, dass im Bezirk in der Stadt Grabow Provokationen auftraten.

Am selben Tag wurden Namen von Personen aus Berlin veröffentlicht, darunter

ein Willi Göttling aus Westberlin, der später erschossen wurde und dessen Namen in Berichten über Diskussionen eine Rolle spielte.

Stärker war der Einsatz der VP an den folgenden Tagen.

So wurden Beflaggungen, Kundgebungen, Läuten von Kirchenglocken, Sirenen und Pfeifen bis zum 23. Juni verboten.

Man wollte festgestellt haben, dass unter dem Deckmantel einer Trauerveranstaltung für das Ehepaar Rosenberg in den USA reaktionäre Elemente eine Beflaggung und eine Trauerkundgebung durchführten.⁴⁰

Ansonsten schätzte am 23. Juni die VP die Stimmung wie folgt ein.

*„Die Stimmung der Bevölkerung im Bezirk Schwerin war im allgemeinen trotz Verhängung des Ausnahmezustandes gut. Kleinere negative Diskussionen sind auf die Leichtgläubigkeit verschiedener Personen aufgrund der Gerüchtmacher des Gegners zurückzuführen.“*⁴¹

Als bewaffnete Macht war allerdings die Volkspolizei kaum einsatzfähig. Die Bewaffnung der Wittenberger Dienststelle bestand aus sieben Karabinern der Kategorie 1, davon waren zwei im Revier und fünf beim Betriebsschutz der Zellwolle. Die 29 Polizisten verfügten über 11 Pistolen mit 38 Schuss Munition.⁴²

Äußerlich war die Situation normal. In einigen Gemeinden des Kreises, wie in Glöwen, Karstedt, Perleberg kam es zu Angsteinkäufen von Marmelade, Zucker und Zuckererzeugnissen.

In den folgenden Wochen und Monaten werden in den Quellen d.h. in den internen Materialien, die Probleme sichtbar, die unter der Bevölkerung weiter in den Diskussionen eine Rolle gespielt haben.

Am 25. Juni lag dem Sekretariat der Kreisleitung eine Beschlussvorlage vor, in der es um Maßnahmen zur Behebung der Sorgen und Nöte der Bevölkerung im Kreis geht.

So herrschte im Bekleidungswerk Perleberg eine schlechte Stimmung unter den Frauen. Sie erhalten nur 6 – 8 DM Lohn pro Tag, obwohl sie alleinstehend sind und mitunter bis zu sechs Kinder versorgen müssen.

In der Wittenberger Korbwarenfabrik wurden zum Teil sehr große Missstände, besonders in sozialhygienischer Hinsicht festgestellt.

Das Thema Normerhöhung war nach wie vor im Schlachthof akut, wo administrativ solche Maßnahmen vorgenommen wurden.

Im **Nähmaschinenwerk** beschwerten sich die Arbeiter, dass Butter, die in der Stadt frei verkauft wurde nur auf Berechtigungsschein ausgegeben wurde. Wenn die Arbeiter aber nach Feierabend in die Stadt kamen, war dort keine Butter mehr vorhanden.

Es konnte also nicht einmal die Versorgung auf Karten gewährleistet werden.

Im **RAW** gab es Beschwerden über die Arbeit der Gewerkschaft. Missfallen erregte die Verteuerung von Schweinebacke um 70 Pfennige in der Stadt. Einige Kollegen forderten, die HO Preise um 50 % zu senken, was als unberechtigt abgelehnt wurde. Eine Reihe von Probleme der Versorgung im Betrieb wurden aber in der Folgezeit gelöst. So die fehlende Verabreichung von Milch und Kaffee in der Nachtschicht im Tenderbau und auch der Mangel an HO Butter, HO Margarine und HO Zucker wurde behoben.

Zu den „negativen Diskussionen“ wurde nach wie vor die Normerhöhung gezählt.

Allerdings wurde einiges verändert. Im RAW wurden rund 2500 freiwillig erhöhte Arbeitsnormen und 70 TAN wieder auf den Stand vom 1. April 1953 gebracht. Dadurch wurden monatlich rund 10 500 DM mehr Lohn gezahlt.

87 Kollegen, die bis Ende April im Leistungslohn gearbeitet hatten und dann auf Zeitlohn zurückgestuft wurden, wurden wieder in den Leistungslohn übernommen. Das waren vor allem Schlosser, Motorenschlosser und Triebwagenelektriker. Man hat sie in Zeitlohn gestuft, da man aus technologischen Gründen erkannt haben wollte, dass die Arbeiten der Kollegen nur teilweise leistungslohnfähig waren.. aber der Zeitgrundlohn war niedriger als der Leistungsgrundlohn und so entstanden Einbußen. Jetzt erhöhte sich der Grundlohn wieder um 60 DM monatlich, bei den Brigadiern um 100 Mark. Drei Brigaden allerdings erklärten, sie bestünden darauf, ihre freiwillig erhöhten Normen beizubehalten.⁴³

Interessant ist, dass auch unter den Kollegen die Diskussion auftauchte, dass es bald wieder eine KPD und SPD geben, die Vereinigung also rückgängig gemacht würde.⁴⁴ Das war allerdings ein Einzelfall.

Die von der Partei organisierten öffentlichen Versammlungen waren teilweise schlecht besucht. So nahmen am 26. Juni von 600 Arbeitern der Märkischen Ölwerke nur 72 an der öffentlichen Versammlung teil. Diese kamen meist aus der Verwaltung.

Auch die Beteiligung der Betriebe bei den Kundgebungen in Perleberg und Wittenberge war ungenügend. Obwohl die SVZ einen dreispaltigen Artikel über den Auftritt des ZK Mitgliedes Willy Sägebrecht in Wittenberge unter der Überschrift „Wir sind stolz auf die Wittenberger Arbeiter“ gebracht hatten, gab es kritische Anmerkungen.

Die Großkundgebung der Nationalen Front in Wittenberge auf dem Friedensplatz⁴⁵ sollte nach dem Korrespondentenbericht von 5 000 Teilnehmern besucht worden sein. Sägebrecht ging auf die gemachten Fehler von Partei und Regierung ein, gleichzeitig bezeichnete er die Imperialisten als Hintergrundakteure des Putsches. Er sprach von „kriegstreiberischen Machenschaften der Imperialisten“. Er lobte die Werkstätigen der Stadt, die sich nicht durch Provokateure zu unbedachten Taten hinreißen ließen. Ziel sei es, den Frieden zu erhalten, die Einheit „unseres Vaterlandes“ herzustellen und allen Schichten ein Leben in Wohlstand zu sichern. Die offiziellen Redner aus der Zellwolle und dem Nähmaschinenwerk, Paul W. und Charlotte B. betonten, dass man der Regierung Vertrauen schenke und forderte aber, dass weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage beschlossen werden sollten und die Funktionäre sich schneller für deren Verwirklichung einsetzen sollten.

Von einem parteilosen Kollegen aus der Zellwolle wurde eine Entschliebung verlesen in der es hieß:

„In den Tagen der faschistischen Provokation blieben wir an unseren Maschinen und Werkbänken. Unser Dank gilt unseren Freunden, den Soldaten und Offizieren der Sowjetarmee und unserer Volkspolizei, die entschlossen und unbeirrt den Kriegsfunken austraten.“

Man erklärte weiter, fest zur Regierung zu stehen und wünschte den „großen Führer unseres Volkes“ (gemeint war Wilhelm Pieck) baldige Genesung.

Kritisch merkte aber die Zeitung an, dass die Verbindung zwischen Betriebsleitung, Parteiorganisation und Belegschaft noch besser zu sein hat. Dann würden

sich die Werktätigen der Großbetriebe Zellwolle, Ölwerke und RAW stärker an den Kundgebungen beteiligen.

Wo bleibt z. B. der Werkleiter des RAW, Genosse Dr. Hörstel, fragt die Zeitung.⁴⁶ Erschienen auf der Kundgebung waren wohl viele Rentner und Hausfrauen, sowie Leute aus der Verwaltung.

Besonders negativ wurde die Stimmung in der Zellwolle in der Hauptwerkstatt, der Laugenregenerierung und im Kesselhaus eingeschätzt.

Als ein Werksangehöriger für den Betriebsschutz gewonnen werden sollte, meinte er: „*Ich kann doch im Ernstfall nicht auf meine Kollegen schießen.*“

Am 1. Juli besuchte das Sekretariat der Bezirksleitung der SED die Zellwolle in Wittenberge. Es war eine außerordentliche Belegschaftsversammlung einberufen worden. Aus Schwerin war der 2. Sekretär Heinz Bendig gekommen, der lediglich, was ungewöhnlich war, ein Referat von 15 Minuten hielt und dann die Diskussion freigab. Bendig betonte, dass die Werktätigen jetzt Taten sehen wollen und dass in der Vergangenheit viel versprochen, aber wenig gehalten wurde. Diese „Fehler“ müssten behoben werden. In der dreistündigen Versammlung ging es hoch her.

Ein Kollege sagte:

„*Niemals haben wir in unserem Betrieb so eine offene, kritische und freimütige Aussprache gehabt, wie diesmal.*“

27 Diskussionsredner traten auf.

Es ging vor allem um Lohnfragen. Man wollte angesichts der Schwere der Arbeit in eine höhere Lohngruppe eingestuft werden. Das forderten z. B. die Arbeiter des Holzplatzes. Der Kollege Klöckner meinte:

„*50 Raummeter grünes Holz, das sind rund 400 Zentner in 8 Stunden vom Reichsbahnwagen entladen, macht einen Verdienst von 10 DM. Das ist zu wenig.*“ Man forderte ordentliches Schuhwerk statt der „Holzschlurren“, bei denen man sich am Abend als „lahmgeschlagener Esel“ fühlte.“

Ein Kollege sprach über die Bürokratie, die jetzt bei der Behandlung von Augenerkrankungen herrscht. Früher sei der Kollege einen Tag zu Hause geblieben, jetzt muss er krank geschrieben werden und erhält nur 90 % des Nettoverdienstes. Weiter ging es um Wohnungsfragen, über die die Kollegen Sellnow und Engel mit krassen Beispielen berichteten, höhere Lebensmittelkarten, die Zustände in den Wasch- und Umkleieräumen u.a. Bei den Lebensmittelkarten wurde schnell gehandelt. Für 228 Kollegen mit den schädlichsten Arbeiten wurden höhere Karten ausgegeben. Der Werkleiter Moltrecht stellte allen Zellwollwerkern eine Prämie in Aussicht, auch für ihre Arbeit am 17. Juni.

Der Vertreter der Bezirksleitung und der Kollege Müller vom Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier versprachen, man wolle jeden Diskussionsbeitrag gemeinsam mit den Kollegen, die am schärfsten die Forderung gestellt hatten, sorgsam prüfen und in drei Wochen in einer erneuten Belegschaftsversammlung Rechenschaft legen.⁴⁷

Am 26. Juni 1953 fand die 11. Sitzung des Kreistages Perleberg statt. Man hatte ein großes Publikum in das Kulturhaus Perleberg geladen, darunter alle Bürgermeister. Herta Beier, die Ratsvorsitzende wies auf die mangelnde Verbindung der Abgeordneten zu den Wählern und zur Bevölkerung überhaupt hin. Die Ursache sah sie in der Geringschätzung der Parlamente und deren Arbeit durch die SED.

Es gäbe unbesetzte Mandate, ungeeignete Kader und große Mängel in der sachbezogenen Arbeit. Die Spitzenfunktionäre sollten eine enge Verbindung zur Bevölkerung suchen, eine einfachere Sprache sprechen und Kritiken und Beschwerden sehr ernst nehmen.⁴⁸

Eine Vielzahl, der vor dem 17. Juni erlassenen Maßnahmen wurde zurückgenommen. So erfolgte die Rückgabe davastierter Bauernhöfe an die Eigentümer, die Aufhebungen von Pfändungen von Bankkonten bei Rückständen von 1951 und früher, neue Kreditrichtlinien für Bauern, Aussetzungen von Versteigerungen des Vermögens von Betrieben, Aussetzen von Strafverfahren und des Preisstrafrechts, Haftentlassung von 20 Landwirten, die wegen säumiger Ablieferung und schlechter Wirtschaftsführung verurteilt worden waren, Senkung bzw. Aufhebung von Wirtschaftsstrafen, Aufstockung der Gelder für den Wohnungsbau,⁴⁹ Abschluss von Überlassungsverträgen an Einzelhändler und Gastwirte, Aufstockung bei Lebensmittelmengen für den Kreis, Maßnahmen im Gesundheitswesen, Überprüfung der Zulassungen für Zehnklassenschulen und Oberschulen und Rücknahme administrativer Normerhöhungen.⁵⁰

In der Folge der Ereignisse des 17. Juni fand, wahrscheinlich auf Anweisung von oben, eine Kaderüberprüfung statt Sie betraf sämtliche Mitglieder der Kreisleitung (außer Sekretariatsmitglieder und Abteilungsleiter), sämtliche Mitglieder und Kandidaten beim Rat des Kreises und sämtliche Mitglieder und Kandidaten der VdgB. Insgesamt wurden 39 Mitglieder der Kreisleitung überprüft. 31 von ihnen waren Arbeiter, die übrigen Angestellte. Die überprüften Unterlagen waren aber alle in Ordnung. Allerdings sah sich das Sekretariat veranlasst, den Leiter des Lehrlingsheimes des Kreisbauhofes „aus Gründen der Wachsamkeit“ - besonders starke westliche Bindungen - von seiner Funktion abzulösen. Den Abteilungsleiter für Agit./Prop./Kultur Paul W. entband man von seiner Funktion, weil er „laufend unsere Parteibeschlüsse missachtete und infolge seiner Überheblichkeit keine Bindung mit den werktätigen Massen hatte“. Er erhielt eine Rüge und wurde aus der Kreisleitung ausgeschlossen.

Beim Rat des Kreises wurden 148 Genossen überprüft. Es wurden Angabe zur sozialen Struktur, zum höchsten Dienstgrad bei der Wehrmacht und zur Gefangenschaft gemacht. Der Bericht listet die zum Teil starken verwandtschaftlichen Bindungen der Mitarbeiter zum Westen auf und ging bei einigen in Details ihrer Biografie. Es kam zu Empfehlungen für Ablösungen. So z. B. bei einer Genossin, die in der Abteilung Handel und Versorgung tätig war. Sie hatte auf die Frage, warum sie kein Parteiabzeichen, geantwortet, sie verstehe nicht, warum man soviel Wert auf Äußerlichkeiten lege.⁵¹

Anfang Juli wurde erstmalig eine umfassende Einschätzung der Lage im Sekretariat der Kreisleitung der SED gegeben.

Der Beschluss trug die Überschrift:

Die gegenwärtige Lage im Kreis Perleberg und die Durchführung der neuen Maßnahmen von Partei und Regierung.

Es wurde eingeschätzt, dass bei einer Reihe von Bevölkerungsgruppen, z. B. Großbauern und Unternehmern die Stimmung sich verbessert haben, obwohl dort Zweifel bleiben.

In Glöwen, so hieß es, hätten Großbauern Trinkgelage durchgeführt und ein Großbauer aus Düpow wollte seinen Sohn wieder aus Westdeutschland zurückholen,

damit er den Hof weiter führe. Wir erwähnten das bereits.

Bis zum 9. Juli waren im Kreis 15 bäuerliche Betriebe wieder an ihre Besitzer zurückgegeben worden. Allerdings gab es dazu in einzelnen Fällen differenzierte Meinungen unter den übrigen Bauern. So im Falle eines Großbauern, der nach Meinung der Dorfbewohner seinen Hof aus eigenem Verschulden verloren hatte und der als Faulenzer charakterisiert wurde.

Am 9. Juli berichtete die SVZ über eine Aussprache der Kulturbundes Perleberg mit Angehörigen der Intelligenz. Im Klubhaus des Nähmaschinenwerks waren über 200 Teilnehmer erschienen. Referent war Domprediger Karl Kleinschmidt aus Schwerin. In der Diskussion sprachen auch Dr. Jäger aus der Zellwolle und Dr. Henneberg aus Perleberg.

Ein besonderes Problem, mit dem sich die Partei- und Staatsorgane auseinandersetzen mussten, waren Fahrten der Bevölkerung nach Berlin. Die USA wollten zur Linderung der Notlage der DDR Bevölkerung Lebensmittel für 15 Millionen Dollar liefern. In Westberlin konnten Einwohner der DDR gegen Vorlage des Personalausweises ein Lebensmittelpaket, ein sogenanntes „Speckpaket“ erhalten. Davon machten besonders Frauen Gebrauch, die gleich mit mehreren Personalausweisen, nämlich denen ihrer Männer und Kinder nach Berlin fuhren.

Besonders die Freifahrtscheinbesitzer aus dem RAW fuhren nach Westberlin, um sich ein Paket zu holen.

Aus der Ölmühle hatte sich ein Kollege sechs Pakete geholt. Er erklärte, er habe eine große Familie (sieben Kinder) und dadurch habe er 14 Tage mehr zu essen. Der Werkleiter des Betriebes wurde scharf kritisiert, weil er dem Kollegen noch 300 Mark Hilfe aus dem Direktorenfonds gezahlt hatte.⁵² Dabei war der Kollege als Aktivist ausgezeichnet worden und es wurde ihm bescheinigt, zu jeder Tages- und Nachtzeit, ob Sonn- oder Feiertags bereit zu sein, auftretende Reparaturen zu erledigen. Als ein Funktionär der Kreisleitung im Betrieb erklärte, der ganzen Familie solle das Schmalz im Magen stecken bleiben, empörten sich die Arbeitskollegen. Sie meinten, was könnten die unschuldigen Kinder dafür. Der Kollege wurde zusätzlich zur Kriminalpolizei bestellt und musste ein Schriftstück unterschreiben, dass er eine strafbare Handlung begangen habe.

Die SED sprach von „entehrenden Kolonialmethoden der amerikanischen Kriegstreiber“.

Die Polizei versuchte diese Fahrten zu unterbinden.

Anfang August wurden in Wittenberge ca. 250 Personen auf dem Bahnhof zurückgehalten, was zu wütenden Diskussionen führte:

Die sollen uns fahren lassen

Selbst VP Offiziere holen sich doch Pakete

Uns interessiert nicht Krieg und Frieden, sondern nur das Essen

Soweit eine kurze Darstellung der Ereignisse. Es wurde in der Folgezeit weiter über Ursachen der politischen Krise diskutiert, ohne dass entscheidende Veränderungen getroffen wurden.

Auf der Kreisparteiaktivtagung am 21. Juni wurde eingeschätzt, dass große Teile „unserer Genossen Agitatoren“ nicht einmal in der Lage sind, richtig zu agitieren und die Situation zum großen Teil selbst nicht einschätzen können. Die Genossen sind genau so ruhig, wie unsere Kollegen. Sie sind zufrieden, wenn sie bloß

keiner anspricht.

Am 11. August analysierte der Genosse Muchow aus den Ölwerken die Lage. Er sieht als Ursachen:

Berichte über die Situation in den Betrieben wurden immer wieder abgeblockt. Die Stimmung der Bevölkerung kam nicht in Erscheinung.

Auf den Tagungen der Partei wurde nicht mehr „revolutionär, kämpferisch diskutiert und kritisiert. So handeln die Genossen und Kollegen nach der Devise: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.

Durch die Maßnahmen der Partei und Regierung wurden die Kollegen misstrauisch und verloren das Vertrauen

Die Partei sei unwürdig mit alten Kadern verfahren. Man hat sie abgelöst und ohne Hilfe sich selbst überlassen.

Über die entscheidenden inneren Ursachen des 17. Juni wurde in der DDR bald nicht mehr gesprochen, zumal an der Führungsspitze keine Veränderungen eintraten. Es setzte sich die Auffassung vom faschistischen Putsch durch. Aber auch die westlichen Theorien werden der Wirklichkeit nicht gerecht.

Was lässt sich abschließend für den damaligen Kreis Perleberg feststellen?

1.

Es gab hier keinen „Volksaufstand“, keine Aktionen gegen Partei und Regierung, die über persönliche Äußerungen und einzelne Nebenhandlungen hinausgingen. Die Ereignisse kamen für viele überraschend, manche nahmen sie überhaupt nicht zur Kenntnis, bzw, reagierten erst viel später.

Die Nachrichtenquellen waren neben persönlichen Informationen von Verwandten und Bekannten in erster Linie der Rundfunk. Da ein großer Teil Hörer des Westberliner Senders RIAS war, flossen von dort die Mitteilungen aus westlicher Sicht in die Haushalte.

Die örtliche Presse schwieg

2.

Die Hauptunruheherde waren Teile der Betriebe in den Städten und auf dem Lande. Allerdings kam es, wie fast im ganzen Bezirk Schwerin kaum zu offenen Protesten. Die Mittelständler, die Intelligenz, die Verwaltungen blieben ruhig. Erst in den folgenden Tagen und Wochen wurden die Diskussionen umfangreicher und offener. Zeitzeugen bestätigen, dass nach Aufhebung des Versammlungsverbotes eine wesentlich bessere Diskussionsatmosphäre herrschte als vorher. Dabei kamen viele Missstände zur Sprache.

Die Version, dass der 17. Juni ein von westlichen Imperialisten gesteuerter Putsch war, wurde nur von einer Minderheit geteilt.

Es gab keine zentrale Führung der Ereignisse, sie entstanden spontan, wenn natürlich auch Anhänger von westlichen Geheimdiensten und in Berlin direkte Vertreter aus den Westsektoren ideologisch und praktisch Einfluss auf die Geschehnisse zu nehmen versuchten.

Es ist allerdings nicht zu übersehen, wie aus manchen oben genannten Beispielen

hervorgeht, dass es auch noch im nazistischen Denken Verhaftete gab und die dies in verschiedener Weise zum Ausdruck brachten. Das gab der Auffassung vom faschistischen Putsch Nahrung. Dass war aber keineswegs bestimmend

3.

Neben denen, die, in der Minderheit, voll hinter der Politik der Partei und deren Version der Ereignisse standen, gab es auch in der SED und anderswo kritische Überlegungen und Auffassungen, die aber nicht auf Systemveränderung orientiert waren.

Der größte Teil der Bevölkerung war abwartend und inaktiv, teilweise auch interesselos.

In den Quellen ist nichts festzustellen, dass offiziell die Forderung nach Wiedervereinigung von den Gegnern der offiziellen Politik gestellt wurde. Das war auch so einfach nicht möglich, da die Herstellung der Einheit Deutschlands immer wieder eine zentrale Forderung der SED und der Regierung der DDR war.

Hauptsächlich ging es um einen höheren Lebensstandard, mehr Demokratie und um den Rücktritt der Regierung, besonders von Ulbricht, den man für die Schwierigkeiten im Lande verantwortlich machte.

Öffentliche Stellungnahmen für die Regierung sind in dieser Zeit selten.

Im Kreis zeigte sich, wie überall, dass die Arbeiter in den Betrieben die Hauptakteure waren.

Insofern ist wohl der 17. Juni eine spontane Bewegung in der Arbeiterklasse gewesen, die in der Folgezeit von den politischen Kräften beider deutschen Staaten für ihre Sicht interpretiert wurde und auch in der späteren Zeit, besonders von westdeutscher Seite, ein Instrument im kalten Krieg und in der ideologischen Auseinandersetzung blieb.

Dass die SED die eigenen Fehler ihrer Politik später nicht sehen wollte und kritisch einschätzte, wie es z. B. Bert Brecht gefordert hatte, hat ihren Zusammenbruch 1989 mit bedingt. Das Verbot des Buches von Stephan Heym ist dafür symptomatisch.

17. Juni 1953

Quellen- und Literaturverzeichnis

- ¹ Hans Meier Der Turm von Babel Erinnerungen an eine Deutsche Demokratische Republik Frankfurt am Main 1991 S. 81
- ² In Wittenberge wurden etwa 2000 Lebensmittelkarten gesperrt
- ³ LHA Schwerin Akte Parteiaktivtagungen der SED 1953 IV/4/08/42
- ⁴ Schreiben des Sekretärs der SPO an die KL der SED vom 31.3.1953
- ⁵ LHA Schwerin Akte Bezirksbehörde der DVP Schwerin 7-12-1 Bestand Nr. 3 Bl.7
- ⁶ Ebenda Bl.8
- ⁷ LHA Schwerin Akte Parteiaktivtagungen der SED 1953 IV/4/08/42
- ⁸ Schweriner Volkszeitung vom 18. Juni 1953
- ⁹ LHAS Schwerin Akte Sekretariat der SED Juni Juli 1953 I/408 92/94
- ¹⁰ ebenda
- ¹¹ LHA Schwerin Bezirksbehörde der VP 7-21-1 Bl. 102
- ¹² ebenda Bl.30 und Bl. 52
- ¹³ Landeshauptarchiv Schwerin Archivgut des Ministeriums des Innern Bestand Nr. 13, Bezirksbehörde der DVO Band 254 Bl. 179 Bericht der Kl der SED über die Lage im Zellstoff und Zellwollwerk Wittenberge.
- ¹⁴ Ebenda Bl.180
- ¹⁵ LHA Schwerin Akte Parteiaktivtagungen 1953 IV/4/08/42
- ¹⁶ Bericht der Kl der SED an die Bezirksleitung vom 21.7.1953 LHAS Schwerin Informationsberichte an die BL 1953 Akte IV/4/08/214
- ¹⁷ LHA Schwerin Akte Bezirksbehörde der VP 7-12-1 Bestand Nr. 3 Bl. 21
- ¹⁸ Meldung der VP vom 17.6. an die Bezirksbehörde Schwerin.ebenda Bl.34
- ¹⁹ ebenda Bl. 35

²⁰ ebenda Bl.101

²¹ Bericht der Kreisleitung Perleberg des SED an die Bezirksleitung vom 21.7.1953

²² ebenda

²³ Diese Aspekt ist interessant. Pieck genoss in der Bevölkerung ein besseres Ansehen als z. B. Ulbricht

²⁴ LHA Schwerin Informationsberichte an die Bezirksleitung der SED IV/4/08/214

²⁵ ebenda

²⁶ LHA Schwerin Akte IV/4/08/93/94 Kl Perleberg Sekretariatssitzungen Einschätzung der gegenwärtigen Lage und die Durchführung der Maßnahmen von Partei und Regierung

²⁷ LHA Schwerin Akte Bezirksbehörde der VP 7-12-1 Bestand Nr. 3 Bl. 30

²⁸ LHA Schwerin, Akte BL der SED Bezirksparteiarchiv Kreisleitung der SED Perleberg Informationsberichte an der BL 1953, IV/4/08/214

²⁹ ebenda

³⁰ Ebenda Wochenbericht der KL vom 19.6.1953 S. 3

³¹ ebenda

³² In einem Telefongespräch eines Teilnehmers der Versammlung mit dem Autor wurde mitgeteilt, dass nach seinen Erinnerungen der letzte Ausspruch nicht gefallen sei. Vielleicht suchte man zusätzliche Argumente.

³³ ebenda

³⁴ W. Fritsche Erinnerungen an Herta B. Landrätin in der Westprignitz

³⁵ VdgB Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, BHG Bäuerliche Handelsgenossenschaft

³⁶ ebenda Wochenbericht an die Bezirksleitung der SED vom 19. Juni 1953 S. 3

³⁷ Mitteilung von W. Fritsche aus Perleberg an den Autor

³⁸ ebenda S.4

³⁹ ebenda

⁴⁰ LHA Schwerin Akte Bezirksbehörde der DVP Schwerin 7-12-1 Bestand Nr. 3 Bl. 67

⁴¹ ebenda Bl.101

⁴² ebnda Bl. 116

⁴³ LHA Schwerin Bericht der Kreisleitung der SED an die Bezirksleitung vom 21.7.1953 betr.: RAW Akte Nr. IV/4/08/214

⁴⁴ Wochenbericht der KI der SED an die BL der SED vom 19.6.1953 S. 3

⁴⁵ Da, wo heute das Kulturhaus steht

⁴⁶ SVZ Nr. 162

⁴⁷ SVZ 3. Juli 1953

⁴⁸ W. Fritsche Landrätin in der Prignitz Erinnerungen an Herta Beier 1992 s. 9

⁴⁹ Es wurde vorgesehen in Wittenberge 30, in Glöwen 6 und in Perleberg 4 Wohnungen zu bauen

⁵⁰ ebenda

⁵¹ LHA Schwerin Sekretariatssitzungen der SED Juni 1953 und Juli 1953 Monatsbericht Juni 1953 der KPKK Perleberg an die BPKK Schwerin vom 30. Juni 1953 Reg.Nr. IV/4/08/93/94

⁵² Aus diesem Fond konnten soziale Beihilfen gewährt werden.

Ch. Bruch, B. Broßmann, K. Bergholz

17. Juni 1953 – Spuren in Prenzlau

Prenzlau in der Nachkriegszeit

Von den schweren Zerstörungen, die die heutige Hauptstadt der Uckermark in den letzten Kriegstagen des Zweiten Weltkriegs erlitten hat, konnte sie sich bis heute nicht vollständig erholen. Demnach tragen noch einige Kirchen, Kapellen und Häuser die Spuren des Krieges. Beinahe die komplette Innenstadt viel den Bomben zum Opfer, sodass zum Beispiel das Rathaus und die umliegenden Gebäude des Marktberges in Schutt und Asche versanken. Nur wenige Gebäude am Stadtrand blieben unversehrt, sodass durch die 85%ige Zerstörung der Stadt auf einen Schlag alle Hoffnungen, der aus den umliegenden Dörfern zurückkehrenden Bevölkerung auf baldige Verbesserung der Lage, zunichte gemacht wurden.

Die bestehende Hoffnungslosigkeit der Bevölkerung vor dem Anblick der Stadt und den resultierenden Aufgaben lösten Apathie aus. Dem Leben in den Trümmerhäusern, ohne ausreichend Nahrung, Brennmaterial oder medizinischer Versorgung waren viele nicht gewachsen. Auch für die Prenzlauer bestand noch lange Ungewissheit, ob die Angehörigen den Krieg überlebt hatten. Einige konnten diesen Ungewissheiten, oder auch der Gewissheit vom Verlust des Hauses oder der Angehörigen, nicht standhalten und wählten deshalb den Freitod.

Jürgen Schmidt¹ beschreibt das sehr dramatisch und direkt: „Manche Bürger verfielen angesichts des Verlusts ihrer Angehörigen und ihrer Habe in tiefe Depressionen und ertränkten sich. Es dauerte Monate, bis der See wieder frei von Leichen war.“ Durch die bestehende Wohnungsnot waren die Bewohner von Prenzlau gezwungen zusammenzurücken. Auch Schmidt bemerkt darüber in seinem Buch², dass es eine bedeutende Leistung war, die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen zusätzlich zu der einheimischen Bevölkerung aufzunehmen, trotzdem die Stadt so schwer zerstört war. 1947 lebten im Kreis Prenzlau 77 650 Einwohner, davon waren 27 691 Umsiedler bzw. Vertriebene.³ Hans Rammoser⁴ berichtete, dass die Wohnungsnot in dieser Zeit so groß war, dass sich eine Familie ein Zimmer, drei bis vier ein Bad und eine Küche teilen mussten. Die Wohnungen hatten meist sehr geringe Standards, mit Toiletten auf dem Hof. Aus der Not heraus mussten Stallungen kurzfristig zu Wohnungen umgenutzt werden. Die Lebensmittelversorgung, Stromzuteilung, Wasser und sogar Gas sei in relativ kurzer Zeit halbwegs gesichert worden. Jürgen Schmidt erzählt aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, dass sie sich aus Kohlenstaub und Lehm Briketts formen mussten, um überhaupt heizen zu können⁴.

Durchbruch des Sozialismus

Die 50er Jahre sollten tiefgreifende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen mit sich bringen. Der Wiederaufbau Prenzlaus kostete ungeheure

Anstrengung und die Frauen machten sich als „Trümmerfrauen“ einen Namen, indem sie Millionen von Ziegelsteinen bargen und zur weiteren Verwendung aufbereiteten. Hoffnungen kamen auf, da sich das Leben nach und nach in einigen Bereichen zu normalisieren begann. Die Zahl der Geburten und der Zuzüge nahm weiterhin zu. Im Jahre 1952 verzeichnete die Stadt 1157 Geburten, aber „nur“ 482 Sterbefälle. Die Kluft zwischen Geburts- und Sterberate und die damit verbundene Wohnungsnot klaffte in den nächsten Jahren jedoch immer weiter auseinander, sodass 1954 1 296 Geburten 466 gegenüberstanden. Dies wäre nicht weiter schlimm gewesen, wenn der Wohnungsbau im gleichen Maße angestiegen wäre. Die anhaltend schlechte Versorgungslage der Bevölkerung führte zu einer dramatischen Abwanderung in den Westen.

Die SED versuchte für diese inneren Schwierigkeiten auch die Adenauer-Regierung verantwortlich zu machen, die die DDR-Wirtschaft durch gezielten „Menschenhandel“ und Abwerbung schwächen würde. Aus diesem Grund müsse sie Maßnahmen zum Schutze der sozialistischen Errungenschaften treffen. Die dogmatische Politik der SED, die sich an der KPdSU orientierte, war also darauf ausgerichtet, den „Arbeiter- und Bauernstaat“ auf ein festeres Fundament zu stellen. Um den Klassenfeind zu bekämpfen und „subversiven Spionageangriffen zuvorzukommen“, wurde schon 1950 die Staatssicherheit gegründet. Hier wurden erhebliche Investitionen getätigt, um eine funktionstüchtige Überwachungsinstitution, die „Schild und Schwert der Partei“ werden sollte, zu schaffen.

Prenzlau Eingliederung in den Bezirk Neubrandenburg

Die Stadt gehörte seit 1952 zum Bezirk Neubrandenburg, der mit 680.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche innerhalb der Agrarproduktion der DDR eine größere Rolle spielte. An der Gesamtfläche gemessen war der Bezirk der viertgrößte der DDR, indem 52% der Bevölkerung in Dörfern mit einer Einwohnerzahl von unter 2000 lebte. Die Probleme, die sich durch den Arbeitskräftemangel nach dem Krieg auftraten, wurden später durch die Bodenreform, bei der Großbauern mit Agrarbesitz von mehr als 100 Hektar Land enteignet wurden, noch verstärkt. In der Uckermark wurden im September 1945 insgesamt 166 Großgrundbesitzer (Gesamtfläche 64746 ha)⁵ enteignet, sodass nach der Bodenreform 200.000 Neubauernhöfe mit 19 ha Bewirtschaftungsfläche entstanden. Der Anteil an Kleinbauern stieg somit um 75%, der der Mittelbauern um 29%, diese hatten 20 ha zur Verfügung. Doch viele Bauern kamen mit diesen kleinen Parzellen nicht zurecht, da sie unter anderem auch zuwenig Vieh besaßen. Seit 1946 gaben 10.000—15.000 Neubauern das Land in Form von Bodenfonds zurück. Diese Zahl stieg bis 1952 auf bis zu 40% an, das heißt, fast die Hälfte aller Bauern gaben das Land zurück, da es sich nicht rentierte.⁶ Mit Beginn der 50er Jahre existierten 5700 VEB Betriebe, in denen 2,2 Mio. Menschen Arbeit fanden, sowie 130.000 Privatbetriebe, die aber später so gut es ging durch die drei LPG – Typen ersetzt wurden. Die Probleme der Bodenreform und Wohnungsnot veranlassten 1954 insgesamt 162 Personen des Kreises Prenzlau auszuwandern. Im Zeitraum 1954 – 1961 flohen

insgesamt ca. 1200 Personen.

Das ZK verabschiedete 1952 das Gesetz über die Aufteilung der Länder in 14 Bezirke und 217 Kreise und das Gebiet des Kreises Prenzlau wurde stark verkleinert. Die Stadt war somit die einzige Stadt im Kreis.⁷

Der vom damaligen Bürgermeister Karl Bitter vorgelegte Haushaltsplan sah die rasche Normalisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens vor. So wurden 1950 der Bahnhof und die Lindenschule wieder instand gesetzt.

Aus den Stadtverordnetenprotokollen über die Sitzungen in dieser Zeit (sowohl vor als auch nach dem 17.6.), fanden wir heraus, dass zentrale Themen wie der Wohnungsbau, die Ausbesserung der Badeanstalt und der geplante Neubau einer Turnhalle im Vordergrund standen. Außerdem wurde verlangt, dass die Jugendarbeitslosigkeit abgebaut werden müsse, die Polizei gegen die „Baumsaboteure“ schärfer vorgehen sollte und die Grundschule Lindenschule zum Beginn des Schuljahres fertig gestellt werden sollte. Mit der zunehmenden Bevölkerungszahl werde auch ein neues Säuglingsheim benötigt, da pro Jahr 30 Kinder ohne Vater auf die Welt kommen und die Mütter sich der Erziehungspflicht entziehen würden. Das Krankenhaus müsse erweitert werden, da es das einzige zwischen Greifswald und Berlin sei und somit die Kapazität auf 50 Betten ausgebaut werden müsse.

Die Prenzlauer Zuckerfabrik

Die Situation stabilisierte sich erst wieder nach dem Mauerbau, wie auch Hans Rammoser berichten kann. Er arbeitete von 1950 bis 1990 in der Zuckerfabrik Prenzlau als Zuckerfacharbeiter und Maschinenschlosser, zuletzt als Zuckersiedemeister. Die Arbeit sei damals sehr hart gewesen. Für die schwere Handarbeit, die es in dieser „Knochenmühle“ zu verrichten galt, gab es einen geringen Lohn. Er lag bei 350 Mark, wobei ungefähr 150 Mark für Kleidung und Nahrung, 15 Mark für Miete verwendet werden mussten. Gereicht habe es trotzdem. Man hatte ja damals auch andere Ansprüche. Dass Hans Rammoser seine Arbeit und seine Fabrik trotz aller Probleme liebte, sah man an seinen leuchtenden Augen, die pure Begeisterung versprühten, wenn er von den technischen Abläufen sprach. „Der nach und nach einsetzende Aufschwung begeisterte die Menschen und es ging voran.“ Auch die Zuckerfabrik war nach der 2. Parteikonferenz und dem „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ von der Leistungsbezahlung und Normenerhöhung betroffen. Es wurden Vorgaben gemacht und bei laufender Arbeitsbeobachtung geprüft, wie stark die Arbeitsnormen angehoben werden können. Es arbeiteten damals 800 Menschen dort und damit war die Fabrik der größte Arbeitgeber in Prenzlau. Diese Zahl ging aber immer mehr zurück. Schuld daran waren neue Arbeitsmaßnahmen und technische Weiterentwicklungen wie die Umstellung von Dampfgetriebenen- auf Elektromaschinen. Außerdem wurde der eigentliche Zucker nur 3-4 Monate im Winter hergestellt, in den restlichen Monaten wurde ausgebessert und gereinigt.

Prenzlau und der 17. Juni 1953

Während in Berlin die Arbeiter gegen die Normenerhöhungen und die schlechte Versorgung streikten, passierte in Prenzlau relativ wenig. Warum es in der Umgebung von Prenzlau keinen Arbeiteraufstand gab, versucht Brettschneider⁸ zu klären. Zu dieser Zeit, also vier Jahre nach der doppelten Staatsgründung, war er zum Beispiel gerade mal vier Jahre aus der Kriegsgefangenschaft zurück⁹, hatte eine Freundin und alle waren eher in sich gekehrt und damit beschäftigt, das eigene Leben so lebenswert wie es eben ging zu gestalten, und zu tun gab es eh genug (Entrümmerung, ...). Es musste jeder selbst zurecht kommen, und niemand konnte von jemand anderem etwas erwarten, denn wer hatte zu dieser Zeit schon etwas, was er hätte spenden können. Das Leben war zwar nicht einfach, aber man musste nicht direkt Hunger erleiden, wie es in Gefangenschaft geschah. Er könne sich auch noch an ein Plakat an den Litfasssäulen erinnern, das den Ausnahmezustand verkündete. Alle Bürger wurden aufgefordert nach acht Uhr ihre Wohnung nicht mehr zu verlassen. Brettschneider hatte zu diesem Zeitpunkt bereits ein Radio, sodass er Nachrichten aus Berlin verfolgen konnte. Für ihn war es schon damals eindeutig „nur“ ein Aufstand von Arbeitern, die die Normenerhöhungen so nicht hinnehmen wollten.

Doch nicht jeder hatte die Möglichkeit Radio zu hören, da sie meist auch an die Russen abgegeben werden mussten und so hatte man keine Ahnung, was in Berlin so los war, weiß Hans Rammoser zu erzählen. Viele Bürger hatten auch kein Interesse daran und nahmen alles als gegeben hin, denn im Radio wurde der Aufstand als „faschistischer Putschversuch“ dargestellt. Wer nicht darüber hinaus Informationen besaß, der konnte sich kaum eine eigene Meinung bilden, zumal Prenzlau sowieso nicht betroffen war. Er persönlich sah damals auch keinen Grund auf die Straße zu gehen, da doch der Betrieb der Zuckerfabrik gut lief und die Arbeit zwar schwer aber erträglich war.

Jürgen Schmidt, der zu diesem Zeitpunkt in Berlin war, schreibt über den Arbeiteraufstand in seinem Buch über den LEW (ehemaliger AEG Betrieb, elektrotechnisches Warenhaus): *„Als Sozialist ist für mich selbstverständlich: ich arbeite so gut und so viel, wie ich vermag und ihr gebt mir soviel Lohn, dass ich davon nach heutigen Begriffen normal leben kann. Gibt es einmal mehr zu kaufen, dann soll mein Lohn entsprechend steigen. Mehr will ich nicht, aber auch nicht weniger. Nach Reichtum und faulen Wohlleben strebe ich nicht – schon gar nicht auf Kosten anderer. Das Gefeilsche um Leistungslohn und Normen stinkt mich an, hat mit meiner Vorstellung von Sozialismus nichts zu tun.“*

Diese Meinung entstand auf der Grundlage der Forderung: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.“¹⁰

Auch fügte Schmidt hinzu, dass es reine Utopie wäre, dass mehrheitlich so gedacht würde. Ihm sei Hausers „kommunistisch – humanistisches Denken“ sehr sympathisch, denn er habe sich sein ganzes Arbeitsleben Mühe gegeben, sich an diese „Formel“ zu halten, bemerkt er. Dass er auch dafür belächelt wurde gesteht er gerne ein.

Jürgen Schmidt schreibt weiter: *„Am 17.6.53 fand – nach meiner Überzeugung – kein antisozialistischer, sondern ein antistalinistischer Aufstand statt“*.

In Gesamtostdeutschland wurden am 21. Juni die Arbeitsnormen auf den Stand vor dem 1.4.1953 zurückgenommen und die Lohnkürzungen rückgängig gemacht.

Im Oktober 1953 senkte die Regierung die Preise fast aller Waren in den HO-Läden¹¹ um 10 bis 25 Prozent. Und Ende 1954 reduzierten die UdSSR die Kosten für die sowjetische Besatzung, die von den Deutschen selber aufgebracht werden mussten, auf 5 Prozent des Staatshaushaltes. Dazu wurden noch die Sowjetischen Aktiengesellschaften, die sogenannten SAG (inklusive der wichtigen Leuna-Werke, aber ohne die Uran - fördernde Wismut - AG) für 2,55 Milliarden Mark an die DDR verkauft.

Mit diesen Maßnahmen verbesserte sich die Lebenslage der DDR Bevölkerung, doch trotzdem flüchteten weiterhin Tausende. 1953 waren es 331'000 Menschen, 1954 über 184'000 und 1955 immer noch 252'000.¹²

Ein Augenzeuge erinnert sich wie folgt an die Ereignisse dieser Tage in Prenzlau¹³:
„Zu diesem Zeitpunkt war ich Zimmererlehrling beim VEB Bau - Union Nordost und auf der Wohnungsbaustelle der NVA in Prenzlau, Angermünder Straße (ehemals Millionenviertel) tätig. Auf dieser Baustelle, die den Charakter einer Großbaustelle hatte, gab es eine Konzentration von Bauarbeitern (ca. 100 Personen). Viele der Bauarbeiter kamen aus den südlichen Bezirken, vorwiegend aus dem Raum Dresden.

In den Tagen um den 17. Juni 1953 gab es des öfteren Gespräche darüber, dass in Berlin u.a. Großstädten gestreikt wird, Demonstrationen stattfinden sowie Brandstiftungen, Plünderungen usw. durchgeführt werden. Abgeleiteter Gesprächsstoff auf unserer Baustelle waren vereinzelt Forderungen nach mehr Lohn und Abschaffung der Arbeitsnormen. Politische Forderungen zum Sturz der Regierung u.ä. sind mir nicht bekannt geworden.

Es gab auf der Baustelle einige kurze Arbeitsniederlegungen, in einem Fall wurden Strohhallen angezündet. Während des Zeitpunktes der Ereignisse des 17. Juni 1953 wurde durch die Regierung der Ausnahmezustand beschlossen, der u.a. durch die Sowjetarmee überwacht wurde. Ausnahmezustand hieß u.a. Versammlungsverbot, es durften nicht mehr als drei Personen in einer Gruppe stehen sowie eine Ausgangssperre.

Diese Ausgangssperre habe ich noch in guter Erinnerung! Einige Tage nach dem 17.06, die Ausgangssperre war von 20.00 - 6.00 Uhr, war ich zum Besuch von Verwandten in die Kleingartenanlage Triftstraße (heute gegenüber Opel - Autohaus) gegangen. Nach der Arbeit im

Garten merkten wir plötzlich, dass es schon kurz vor 20.00 Uhr war, also kurz vor Ausgangsverbot. Das Ausgangsverbot wurde streng von fahrenden Patrouillen der sowjetischen Besatzungstruppen, z.B. Panzerspähwagen mit aufgebautem Maschinengewehr überwacht. Jeder hatte Angst, geschnappt und bestraft zu werden. Ich musste an diesem Abend zu meiner Wohnung in die Parkstraße (heute R. Luxemburgstraße). Auf Schleichwegen (hinter der Bahnlinie Brüssower Straße) und mit Herzklopfen bin ich unverseht zu Hause angekommen. Ich wusste, dass 1952 die II. Parteikonferenz der SED stattfand, die u.a. die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus beschloss. Dieser Beschluss, der die Schaffung sozialistischer Produktions- und Verhältnisse nach sich zog, z.B. LPG¹⁴ und PGH¹⁵ - Gründungen, war für einen Teil der Bürger Anlass sich zu erheben.“ (anonym)

Schauprozesse und Willkürjustiz zum Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht

Ein interessanter und gleichzeitig der einzige Fall von Verrat und Hinrichtung in der DDR, bei dem Erich Mielke persönlich anwesend war, war der Fall Rebenstock¹⁶. Es war das erste Todesurteil gegen einen Stasimann. Der Fall war deshalb so brisant, da er sich im Zeitraum zwischen 1952 - 1954 abspielte und sich durch die Vorfälle vom 17.6.1953 und die Verschärfung des Strafrechts stärker auf das Opfer auswirkten, als es vielleicht vorher geschehen wäre, dass heißt, dieser Fall sollte als abschreckendes Beispiel dienen.

Rebenstock, geboren 1905, hingerichtet 1954, war Vater von 8 Kindern und Leiter der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in Prenzlau. Er war ehemaliger Bürgermeister in Güterberg und früheres KPD Mitglied. 1949 wurde er zur Stasi berufen. Erstes Aufsehen erregte er durch Alkoholmissbrauch und durch Handel mit konfiszierten Gütern, die DDR- Flüchtlinge hinterlassen hatten.

Der eigentliche Vorfall geschah in einem am späten Abend schon geschlossenem Prenzlauer Hotel, welches er im Rausch überfiel, den Portier die Treppe herunterwarf und sagte, die Anwesenden seien alle verhaftet. Aufgrund dessen wurde am 30.1.1953, mit der Begründung man nehme ihn in „disziplinarischen Gewahrsam“, verhaftet.

Er konnte aber fliehen und ging schnurstracks zur Westberliner Polizei. Dort berichtete er über Standorte von Stasidienststellen, Ministeriumsbefehle, Kennzeichen von Dienstautos und Benzinzuteilungen. In der Zwischenzeit aber wurde seine Tochter, die zu diesem Zeitpunkt 17 Jahre alt war, geködert, um an ihn heranzukommen. Die Staatssicherheit hatte mehrere Briefe Rebenstocks an sie abgefangen, in denen Treffpunkte vereinbart waren. Doch zu diesen Treffen kam er aber nicht. Unterdessen schrieb er außerdem noch viele Briefe an andere Stasiagenten in der DDR um sie für den „Westen“ anzuwerben. Doch die meisten leiteten die Briefe gleich an die Zentrale der Staatssicherheit weiter. Es kam aber dennoch zu einigen Treffen mit anderen Agenten in Westberlin. Eines der Treffen sollte sich aber als Falle herausstellen, denn als er in der "Felsengrotte" saß, wurde er von unterrichteten Stasiagenten festgenommen. Rebenstock war sofort geständig, dennoch wurde das Todesurteil ausgesprochen.

Die Begründung für dieses am 3.3.1954 verhängte Urteil lautete: „Verstoß gegen die Direktive des Alliierten Kontrollrats“ sowie gegen Artikel 6 der DDR Verfassung (Boykott- und Mordhetze).

Ihm wurde außerdem zur Last gelegt, die Arbeiterklasse verraten zu haben und im imperialistischen Lager neue, die gesamte Menschheit umfassende Völkermorde herbei führen zu helfen. Die Hinrichtung wurde am 5.3.1954 - also genau ein Jahr nach Stalins Tod - vollstreckt. Im Protokoll wurde „Tod durch Herzinfarkt“ vermerkt.

Normalerweise liegen zwischen Verkündung und Vollstreckung Tage oder Monate, im Fall Rebenstock waren es aber nur 30 Stunden. Dieses Beispiel sollte allen Kadern der Stasi demonstrieren, welche Konsequenzen Verrat nach sich zieht. Verschärft wurde das Urteil noch durch den 17. Juni, nach dessen Vorfällen verstärkt Härte gegen Regimegegner gezeigt werden sollte.

Politische Lage

Der Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 wird in einem Buch über die Deutsche Demokratische Republik wie folgt beschrieben: *“... konterrevolutionärer Putschversuch in Berlin und einigen Städten der DDR. Die Mehrheit der Arbeiterklasse, der werktätigen Schichten sowie bewaffnete Organe der DDR bereiteten den Putschisten eine Niederlage. Die Werktätigen werden dabei von den, auf dem Territorium der DDR stationierten, sowjetischen Truppen unterstützt.”*¹⁷

Auf der 2. Parteikonferenz der SED vom 9.-12. Juli 1952 wurde zur “planmäßigen Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR” aufgerufen. Durch die damit verbundene Verwaltungsreform kam es zur Auflösung der alten Länderstruktur von ehemals 5 Länder zu 14 Bezirke. Prenzlau als Kreisstadt wurde dem Bezirk Neubrandenburg angegliedert, wobei man anmerken muss, dass das Kreisgebiet von Prenzlau stark verkleinert wurde, so ordnete man beispielsweise die Stadt Brüssow dem Kreis Pasewalk zu. Seither gab es im Kreis Prenzlau, außer der Kreisstadt selbst, keinen weiteren Ort mit Stadtrecht.

Aufgrund einer Empfehlung der 2. Parteikonferenz der SED beschließt die Volkskammer der DDR am 23. Juli 1952 die Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG) und deren “allseitige Unterstützung”. Die bereits in der Nachkriegszeit eingeleitete Vergesellschaftung des Privateigentums durch die sowjetische Besatzungsmacht, sollte nun durch die Kollektivierung der Landwirtschaft noch forciert werden.

Im August 1952 kam es dann zur Gründung erster Genossenschaften des Typ I im Kreis Prenzlau, sowohl in Schenkenberg und Schmachtenhagen, als auch in Ludwigsburg. Der wohl gewichtigste Grund, warum es am 17. Juni 53 zu Aufständen kam, ist die vom Ministerrat am 28. Mai beschlossene Erhöhung der Arbeitsnormen, die kurz nach dem Tod Stalins erfolgte.

In dem Beschluss des Ministerrates heißt es: *“Die Regierung der DDR begrüßt die Initiative der Arbeiter zur Erhöhung der Arbeitsnorm.(...) Die Regierung der DDR kommt gleichzeitig dem Wunsche der Arbeiter, die Normen generell zu überprüfen und zu erhöhen, nach.(...) Das Ziel dieser Maßnahmen ist, (...) zunächst eine Erhöhung der für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen im Durchschnitt um mindestens 10% bis zum 30. Juni 1953 sicherzustellen(...).”*¹⁸

Dass die Erhöhungen nicht von der Mehrheit der Arbeiter gewollt waren, ist klar. Nachdem der Beschluss durch die zuständigen Minister und Staatssekretäre an die Betriebsleiter weitergegeben wurde, machte sich schnell Unmut unter den Arbeitern breit. Schon am 15. und 16. Juni kam es zu ersten Unruhen.

Noch am 16. Juni nahm das Politbüro des ZK der SED die Normerhöhungen wieder zurück. In einer Erklärung dazu heißt es: *„Es wird vorgeschlagen, die von den einzelnen Ministerien angeordnete obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen als unrichtig aufzuheben. (...) Das Politbüro fordert die Arbeiter auf, sich*

um die Partei und um die Regierung zusammenzuschließen und die feindlichen Provokateure zu entlarven welche versuchen, Unstimmigkeit und Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse hineinzutragen. “¹⁹

Finanzielle Lage

Im Jahre 1952 stabilisierte sich die finanzielle Lage im Kreis Prenzlau. Der Haushaltsplan von 1952 sah “zur Aufrechterhaltung und weiteren Demokratisierung des politischen,²⁰ wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, sowie Festigung des Staatsapparates (...) in seinen Ausgaben 1.345.000 DM vor.”²¹

Am Ende des Jahres wurden die geplanten Ausgaben zu 88,6% erfüllt, d.h. dass ein Plus von 153.240 DM im Haushalt vorhanden war. Man erreichte dies durch Erhebungen von Steuern, wie beispielsweise die Grundsteuer A von landwirtschaftlichen Flächen und der Grundsteuer B von bebauten Flächen sowie der Auferlegung von Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Kraftverkehrssteuer, Pachten und sonstigen Einnahmen von Gebühren. Einen weiteren Faktor bildeten die Überschüsse der Produktions- und Dienstleistungsbetriebe der Stadt Prenzlau.

Die verbleibenden Mittel fanden ihre Verwendung für kulturelle und soziale Zwecke, z.B. für Baumaterialien für die Errichtung des Kulturraumes des Kulturaktives “Ernst Thälmann” oder für kulturelle Ausstattung der vier Kindergärten und des Kinderhortes.

Ferner konnten 13.069.08 DM dem Haushaltsplan aus dem Erlös für Schrott und Mauersteine zugeführt werden. Dennoch erscheint die folgende Aussage der Verwaltungsspitze der Stadt Prenzlau etwas zu optimistisch angesichts der allgemeinen Probleme und der noch immer vorhandenen Mangelwirtschaft. So wird in einem internen Verwaltungsbericht u.a. geäußert:

*“Zusammenfassend kann man sagen, dass die Steuermoral der Bevölkerung im Jahre 1952 gut war und die finanzielle Lage des Rates der Stadt gesichert und gesund ist.”*²²

Der Wiederaufbau und die Unterhaltung der bestehenden Anlagen wurde mit großzügigen Investitionsmitteln der ehemaligen brandenburgischen Landesregierung unterstützt. Insgesamt standen 1.584.000 DM zu Verfügung, welche nur zu knapp 2/3 verbraucht wurden.

Auch die finanzielle Lage des Jahres 1953 sei gesund, denn von Einnahmen über 110,6% seien Ausgaben von 108% zu verzeichnen. Dies zeige, dass die Stadt Prenzlau ihr Soll zum Positiven erfüllt hat.

Aufgrund des “Neuen Kurses”, welcher im Frühjahr 1953 intern von der SED beschlossen wurde, kam es zu einer partiellen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung.

Aus Einsparungen und überplanmäßigen Einnahmen im Rahmen des Haushaltsplanes der Stadt Prenzlau standen zusätzlich 165.000 DM zur Verfügung, welche für kulturelle und wirtschaftliche Maßnahmen Verwendung fanden. Ein großer Teil der Mittel wurde für die Unterhaltung der Kindertagesstätten und zur Verbesserung der Verpflegung der Bevölkerung eingesetzt.

Das solide Ergebnis der Einnahmen wurde auf die „gute Mitarbeit breiter Schich-

ten der Bevölkerung” und die gute Wirtschaftsweise der Betriebe zurückgeführt. Dennoch stand sie in einem krassen Widerspruch zur tatsächlichen Lebenslage und Unterversorgung.

Das Prenzlauer Wasserwerk zum Beispiel erfüllte zu 125,3% die Produktions- und Finanzpläne.

Auch für das Jahr 1954 wurden neue Sparpläne durch die Regierung erarbeitet. In dem Sitzungsprotokoll des Stadtrates vom 24.11.1953 heißt es für das Sparprogramm für 1954: *“Im Zuge der Durchführung der Beschlüsse der Sozialistischen Einheitspartei und der Regierung der Deutschen Demokratischen Regierung werden im Bereiche des Rates der Stadt Prenzlau Sparmaßnahmen durchgeführt, welche wiederum für die Verbesserung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lage ihre Verwendung finden. Aufgrund der bestehenden Verordnung der Regierung der DDR wird dieses Sparprogramm, welches sich in 4 Abschnitte unterteilt als Gesetz erhoben und ist wie folgt durchzuführen.”* Der Abschnitt A sah Sparen in der Volkseigenen Wirtschaft von 10.222 DM vor, der Abschnitt B, welcher Einsparungen im kulturellen Sektor beinhaltete, wurde gestrichen. Des Weiteren gab es einen Abschnitt C für allgemeine Einsparungen in Höhe von 18.210 DM, einen Abschnitt D, welcher die Gemeindesteuern mit 44.000 DM einschloss und den Abschnitt E, der Mehreinnahmen von 69.510DM vorgab. Insgesamt wollte man durch diesen Plan 141.942 DM Einsparungen erhalten und sie zum „Wohle der Allgemeinheit“ einsetzen.

Republikflucht

Wie alle Bezirke und Kreise der DDR so hatte auch der Kreis Prenzlau mit der illegalen Abwanderung zu kämpfen.

Auf der am 17.6.1953 stattgefundenen Sitzung der Prenzlauer Sozialkommission wurde laut Protokoll kein Wort über die Geschehnisse in Berlin und anderen Städten verloren. Die Sitzung begann um 17.00 Uhr und die Verhängung der Ausgangssperre für Prenzlau wurde auf 20.00 Uhr festgesetzt. Mit diesem Ausnahmezustand wurde eine Ansammlung ab 3 Personen strengstens untersagt. Die Regierung wollte auf diese Weise Unruhen vorbeugen.

Auf der besagten Sitzung wurden 22 Bitten um Sozialleistungen eingereicht, wobei nur 2 abgelehnt wurden, also wurde allen anderen 20 Antragstellern Unterstützung zugesichert. In drei speziellen Fällen handelte es sich um 2 Ehefrauen, dessen Ehemänner das Gebiet der DDR verlassen hatten, und einen Sohn, dessen Vater sich in West-Deutschland aufhielt.

Dies waren im Jahre 1953 die einzigen Einträge der Sozialkommission bezüglich dazu, dass Angehörige von Republikflüchtigen um Unterstützung gebeten hätten. Im folgenden Jahr finden sich erstmals Eintragungen über Westrückkehrer und die Höhe ihrer finanziellen Unterstützung. Bis zur Jahreshälfte 1954 erhielten 8 Personen einmalige Unterstützung zwischen 40 und 55 DM.

Am 27.10.1954 wurde ein Gesetz zur ersten Hilfe und Kreditgewährung für Rückkehrer und Neuzugezogene in die DDR beschlossen. Dies sicherte all denen Anspruch auf finanzielle Zuwendung, die einen entsprechenden Antrag gestellt hatten.

In dem Zeitraum von Januar bis Juli 1954 verließen insgesamt 162 Menschen den Kreis Prenzlau, wobei sich hier 45 Personen auf die Stadt Prenzlau verteilen lassen und 117 Personen auf die örtlichen Gemeinden. Einen Höhepunkt dieser Fluchtbewegung lässt sich in den Monaten März/ April mit einer Zahl von 78 Personen verzeichnen.²³

Die Gründe für diese illegale Abwanderungen sahen die staatlichen Organe vor allem in der kriminellen Beeinflussung durch Verwandte aus Westdeutschland, in der Abwerbung von Fachkräften durch das kapitalistische Ausland oder einfach nur in der Tatsache, dass Menschen mit Ausreisegenehmigung nach Westdeutschland nicht wieder in die Deutsche Demokratische Republik zurückkehrten. Die Ausreisenden wurden kriminalisiert und ihre Angehörigen benachteiligt. Weitere Gründe sahen die Parteifunktionäre auch in der ungenügenden massenpolitischen Arbeit. Wie aus parteiinternen Unterlagen der SED und aus Berichten der Staatssicherheit hervorgeht, würden die Parteiorganisationen, die örtlichen Gruppen der Massenorganisationen und die Institutionen des Staatsapparates die Stimmung der Bevölkerung nicht ausreichend beachten. Sie schlugen nicht rechtzeitig Alarm und verstünden es nicht, die Menschen über das Wesen des Arbeiter- und Bauernstaates aufzuklären.

Allerdings konnte der Kreis Prenzlau, vorausgesetzt die Zahlen sind nicht geschönt, auch eine stattliche Zahl von Rückkehrern aufweisen. Von Anfang des Jahres 1954 bis zum Monat Juli wurden 124 zuziehende Personen registriert.

Die Einschätzung, dass die finanzielle Lage des Jahres 1953 als „gesund“ angesehen werden kann, lässt angesichts der bestehenden wirtschaftlichen Probleme einige Zweifel offen. Immerhin sollen aber den Einnahmen von über 110,6% nur Ausgaben von 108% gegenüber stehen. Dies würde den logischen Schluss erlauben, dass die Stadt Prenzlau ihr Soll zum Positiven erfüllt habe.

Aufgrund des „Neuen Kurses“, welcher im Frühjahr 1953 zunächst nur zähneknirschend von der SED beschlossen wurde, kam es zu einer Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Aus Einsparungen und überplanmäßigen Einnahmen im Rahmen des Haushaltsplanes der Stadt Prenzlau standen zusätzlich 165.000 DM zur Verfügung, welche für kulturelle und wirtschaftliche Maßnahmen Verwendung fanden.

Zeitzeugen

Da man speziell über die Ereignisse zum 17. Juni 1953 in Prenzlau, bis auf den ausgerufenen Ausnahmezustand, keinerlei weitere Hinweise in Akten und Protokollen findet, blieb noch die Möglichkeit der Zeitzeugenbefragung. Dies erwies sich in manchen Fällen als schwierig, da nicht jede der angesprochenen Personen zu einem Interview, bezüglich seiner Vergangenheit bereit war. Des Weiteren war uns ja bekannt, dass unsere Gesprächspartner keine nennenswerten Informationen über Aktionen im Kreis Prenzlau geben konnten. Aus diesem Grund verlagerten wir den Schwerpunkt des Gespräches auf die damalige Lebenssituation. Wir befragten unseren Zeitzeugen danach, wie sie damals vom Arbeiteraufstand erfahren haben. Uns interessierte, wie sie vor 50 Jahren über die Ereignisse jener Zeit urteilten

und wie sie heute darüber denken.

Zeitzeuge Walter Wiemer

Walter Wiemer wurde 1931 geboren, das heißt, er war zum Zeitpunkt des Aufstandes 21 Jahre alt. In dieser besagten Zeit besuchte er als Student das Institut für Lehrerbildung in Book²⁴.

In den ersten Jahren der Nachkriegszeit fiel es Walter Wiemer, der, wie fast alle Jugendlichen dieser Zeit, durch die Jahre des Krieges und die Mitgliedschaft in der Hitlerjugend geprägt wurde, schwer, sich in der nun beginnenden antifaschistischen Ära zurechtzufinden. Erst als er 1948, mit 17 Jahren, in die FDJ eintrat, entstand in ihm, wie er sagte, "ein neues Zukunftsbild". Denn diese Organisation stärkte durch ihre Aktionen, beispielsweise gemeinsames Singen und Tanzen, das Zusammengehörigkeitsgefühl der jungen Leute.

Nachdem er 1950 seine Lehre als Landwirtschaftsgehilfe beendet hatte, wollte er zur Arbeiter und Bauernfakultät (ABF) nach Geifswald wechseln, was ihm allerdings von seinem Vater verboten wurde. Erst als 1951 die Regierung ein Jugendgesetz erließ, welches das Erwachsenenalter auf 18 Jahre herabsetzte, war es ihm möglich, seine Bewerbung beim Institut in Book einzureichen.

Als Student erhielt er erste Einblicke in die Lehren des Marxismus und übernahm, mit dem Amt des FDJ Sekretärs, die Leitung über eine Gruppe von etwa fünfzig FDJ-Mitgliedern. Man kann also sehen, dass er sich gut in das neue System einfügte.

Wenn man ihn fragt wie denn seine finanzielle und wirtschaftliche Lage in seiner Studentenzeit war, weiß er von "dürftiger Verpflegung" zu berichten, denn Genussmittel wie Schokolade und Bonbons waren eher selten. Auch kann er sich noch gut an eine Zeit der Rationierung erinnern, in der es Dinge wie Waschpulver, Fleisch, Fett oder Zucker nur auf Lebensmittelkarten gab - "und selbst dann waren sie nur selten zu bekommen".

Mit einer finanziellen Unterstützung seitens seiner Eltern konnte Wiemer nicht rechnen, auch kam eine zusätzliche Arbeit neben dem Studium nicht in Frage (außer die Kartoffelernte), da ihm sonst die Zeit zum Lernen gefehlt hätte. Also musste er mit einem Stipendium von 120 DM im Monat auskommen. 32 DM musste er für Unterkunft und Verpflegung dem Institut zahlen, dann noch 2 DM für FDJ Beitrag und Zeitungen, d.h., es blieben nur 86 DM zum leben übrig.

Herr Wiemer erinnert sich auch, dass es einen Mangel an Kleidung gab, so musste er zu seiner mündlichen Abschlussprüfung in einem Trainingsanzug erscheinen.

Von den Ereignissen um den 17.Juni herum erfuhren er und seine Kommilitonen durch den Rundfunk und durch Zeitungen, denn das Geschehene wurde schon am selben Tag im Radio kommentiert. Wie er berichten kann, waren alle Studenten

einstimmig der Meinung, dass der Aufstand „vom Westen gesteuert“ gewesen sei. Auch die Forderungen, die Arbeit niederzulegen und die Regierung zu stürzen, sei vom Westen lanciert worden.

Die Auswirkung dieses Tages für das Institut war, dass die FDJ Leitung anordnete, das Institut sei vor „Banditen“ und „Übergriffen“ zu schützen. Seine Sichtweise zu den Geschehnissen hat sich bis heute nicht geändert. Bis heute ist er der festen Überzeugung, dass der 17. Juni ein „konterrevolutionärer Putschversuch“ gewesen ist, welcher vom Westen inszeniert wurde. In diesem Zusammenhang wies Wiemer auf den großen Einfluss des RIAS hin, der mit seinen Hetztiraden ost- und westdeutsche Arbeiter aufstachelte.

Zeitzeuge Arndt

Günter Arndt wurde 1928 in Prenzlau geboren, er war zur Zeit der Unruhen also 24 Jahre alt.

Er war damals als Landarbeiter auch Mitglied in der NDPD, da er es für sehr wichtig hielt, die „SED nicht ganz allein regieren zu lassen“, wie er sagte.

Herr Arndt stammte aus Grünow, einem Dorf in der unmittelbaren Nähe Prenzlaus. Seine Eltern besaßen dort eine Landwirtschaft mit 20ha Acker, waren also so genannte Mittelbauern, die von der Enteignung bzw. der Bodenreform im September 1945 verschont geblieben waren²⁵

Wegen fehlender Maschinen, die durch den Krieg alle zerstört waren, sowie kaputten Häusern und Scheunen gestaltete sich der Alltag der Arndts sehr schwierig. Der Vater von G. Arndt, so berichtet dieser, war sogar zwei mal in Haft, weil er das geforderte Ablieferungssoll nicht erfüllen konnte. Die Eltern gaben den Hof bald auf, die Bewirtschaftung war einfach nicht mehr möglich. Sie erhielten ihn jedoch im Zuge der Lockerung des Abgabesolls wieder zurück.

In einem Kommentar des Politbüros der SED heißt es laut „Tägliche Rundschau“ am 11. Juni 1953: „Das Politbüro schlägt ferner vor, dass die Verordnungen über die Übernahme devastierter (zerstörter) Landwirtschaftlicher Betriebe aufgehoben werden und die Einsetzung von Treuhändern wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten oder wegen Steuerrückständen untersagt wird.“²⁶

G. Arndt war von 1945 bis 1948 mit weiteren Jugendlichen der Region im Internierungslager Kretschendorf/Fünfeichen inhaftiert. „*Sie haben uns zu Werwölfen gemacht, die angeblich gegen das System rebellieren wollten*“, so antwortet er auf die Frage, welche Gründe es für die Inhaftierung gab.

Die Situation der Menschen auf den uckermärkischen Dörfern war damals nicht unbedingt schlecht, da sie durch ihre eigene Viehwirtschaft gut versorgt waren. Wie Arndt berichtet, wurden manchmal Tiere auch „schwarz“ geschlachtet, um sie vor der Abgabe zu unterschlagen.

1953 befand sich Arndt wieder in Grünow. Die Bevölkerung verfolgte die Geschehnisse in Berlin und anderen Städten am Radio. „*Wir hofften und bangten, dass die Aufstände eine Änderung bringen würden. Als die Unruhen niedergeschlagen wurden, waren auch wir niedergeschlagen.*“, so sein Kommentar.

Damals wie heute ist er der festen Überzeugung, dass die Aufstände allein von

den Arbeitern der DDR ausgingen und lehnt jede Theorie über den Einfluss konterrevolutionärer Kräfte ab.

Resümee

Rückblickend kann man also feststellen, dass Unruhen oder Erhebungen in der Stadt Prenzlau so gut wie nicht stattgefunden haben. Grund dafür ist wohl vor allem die fehlende Industrie in dieser doch recht kleinen Stadt und die darum fehlende Massenbasis, die die Aufstände in Berlin erst so bedeutend gemacht hatte. Sicherlich haben sehr viele Menschen am Radio gesessen und gehofft, dass die Arbeiter in den Großstädten etwas erreichen würden, aber in Prenzlau selbst auf die Straße zu gehen und zu demonstrieren, daran dachte wohl niemand.

Obwohl wir uns von Anfang an bewusst waren, dass die Tage vor und nach dem 17. Juni 1953 in Prenzlau nicht sehr ereignisreich waren, hätten wir doch nicht damit gerechnet, dass man so gut wie nichts zu diesem Thema finden würde. Weder in den Blockakten, Stadtverordnetenprotokollen, im Internet noch in speziell sich auf Prenzlau beziehende Bücher wurde man fündig. Die Stadt war einfach zu klein, die Mehrzahl der Bürger war mit alltäglichen Problemen viel zu beschäftigt um sich durch öffentliche Proteste vielleicht noch in Gefahr zu bringen. Die meisten hatten verständlicherweise einfach nur Angst vor drohenden Konsequenzen, sollte man sie auf offener Straße gegen das System protestieren sehen.

Wir hoffen trotzdem, dass unsere Arbeit einen kleinen Überblick liefern kann über die Situation der Menschen in der Uckermark zu diesem Zeitpunkt, dass sie deutlich macht, wie die Menschen damals lebten, welche Probleme es gab und wie die Stimmung war.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- ¹ Jürgen Schmidt, "Ich möchte ich bleiben" Lebenslauf eines mittleren Kulturkaders. Geschrieben nach 40 Jahren DDR, GNN Verlag 1996, 336 Seiten, Schkeuditz, S. 67f., geboren und wohnhaft in Prenzlau
- ² ebenda, S. 73
- ³ Stadtarchiv Prenzlau
- ⁴ Hubert Rammoser wohnt in Prenzlau und stand uns als Zeitzeuge zur Verfügung. Er arbeitete von 1950 bis 1990 in der Prenzlauer Zuckerfabrik.
- ⁵ Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung des Kreises Prenzlau, hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung bei der Kreisleitung Prenzlau der SED, S. 43.
- ⁶ Matthias Förster, Tobias Lemke und Dörthe Wendt: Protest mit Füßen, Prenzlauer verlassen ihre Heimat, die DDR, Schülerarbeit 1999 (maschinenschriftlich), S.
- ⁷ Ungedruckte Materialsammlung des Uckermärkischen Geschichtsvereins zu Prenzlau
- ⁸ Herr Brettschneider, der uns als Zeitzeuge zur Verfügung stand, erlebte die Ereignisse des 17. Juni 53 hier vor Ort als 29-jähriger Prenzlauer.
- ⁹ Die letzten deutschen Kriegsgefangenen kehrten bekanntlich erst 1955, nachdem Adenauer zu einem Staatsbesuch in Moskau weilte, wieder in die Heimat zurück.
- ¹⁰ Wie Anmerkung 1, Seite 132f.
- ¹¹ HO = Handels Organisation,
- ¹² H Weber, Die DDR 1945 – 1986, S. 39.
- ¹³ wie Anm. 6
- ¹⁴ LPG = Landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaft.
- ¹⁵ PGH = Produktionsgenossenschaft Handwerk.
- ¹⁶ Aus Spiegel Nr. 52 19

- ¹⁷ Unser Staat – DDR Zeittafel von 1949 bis 1988, Berlin 1989, S. 47
- ¹⁸ Archiv Gegenwart, Deutschland 1945-1990.
- ¹⁹ Ebenda
- ²⁰ Martin Tabaszek/Johannes Altenberend, Deutschland nach 1945. Teilung und Einheit im internationalen Kräftefeld, Paderborn, 2001.
- ²¹ Akte Nr. 749/2, Stadtarchiv Prenzlau
- ²² Akte Nr. 749/2, Stadtarchiv Prenzlau
- ²³ Akte Gesundheits- und Sozialwesen, 1947 bis 1957, Stadtarchiv Prenzlau
- ²⁴ Book, heute dem Kreis Uecker-Randow zugehörig, gehörte damals zum Bezirk Neubrandenburg.
- ²⁵ Die entschädigungslose Enteignung begann ab 100 ha.
- ²⁶ Archiv Gegenwart, Deutschland 1949 bis 1990, Siedler-Verlag GmbH, 2000

M. Augustyniak

Der 17. Juni 1953 in Guben und der näheren Umgebung

In meinen Darlegungen werde ich mich auf die Ereignisse in Guben und der näheren Umgebung - falls sie nicht schon im Teil 1 des Dialogheftes 10 des Landesverbandes Brandenburg "Der 17. Juni 1953 in Brandenburg" erwähnt wurden - beschränken. Ich werde auch nicht auf die verheerenden Folgen der stalinistischen Politik und deren Auswirkungen auf die Innen - und Außenpolitik der DDR eingehen, denn dazu gibt es ausführliche Darlegungen von sachkundigen Historikern, deren Meinungen ich teile und unterstütze.

Als ehemaliger Geschichtslehrer habe ich die Ereignisse des 17. Juni entsprechend den Lehrplänen und der mir damals zur Verfügung stehenden Literatur behandelt. Dabei folgte ich der Darstellung in der DDR-Literatur, dass es sich um "einen konterrevolutionären Putsch" handelte.

Das erwies sich als falsch. Als falsch betrachte ich aber auch die Darstellungen von Historikern aus der Alt - BRD sowie im jetzt vereinigten Deutschland, die von einem Volksaufstand bzw. Arbeiteraufstand mit dem Ziel sprechen, die Einheit Deutschlands herzustellen und das Jahr 1989 als Fortsetzung des 17. Juni 1953 betrachten.

In Medien, der Literatur usw. wird oftmals der Eindruck erweckt, dass die Ereignisse des 17. Juni 1953 flächendeckend in der gesamten DDR aufgetreten sind. Das stimmt nicht. Ich meine vielmehr, dass diese Ereignisse konkret in den einzelnen Regionen und Städten betrachtet und gewertet werden müssen. In Verbindung damit sollte versucht werden eine Antwort auf die Frage zu finden, "was waren die Ursachen für das unterschiedliche Ausmaß des 17. Juni in einzelnen Regionen und warum blieben andere Regionen davon unberührt?".

Ausgehend von der Tatsache, dass Medien und Autoren häufig Veröffentlichungen vornehmen, die eine falsche Einschätzung der Ereignisse des 17. Juni fördern und unzulässige Verallgemeinerungen treffen, beschloss der Ortsvorstand der PDS Guben die Durchführung einer öffentlichen Versammlung zum Thema "Der 17. Juni 1953 in der DDR und Guben sowie der näheren Umgebung". Vorbereitet wurde sie von unserer kleinen Regionalhistorikergruppe, zu der auch ein Mitglied der SPD gehört

Dr. Norbert Podewin aus Berlin - ein Historiker den wir schätzen und der schon mehrmals zu gesellschaftlichen Ereignissen bei uns sprach - äußerte sich besonders zur nationalen und internationalen Vorgeschichte. Seine Ausführungen fanden großen Anklang und viele Teilnehmer bestätigten uns nachher, dass sie diese Inhalte bisher nicht kannten.

Ich referierte auf der Grundlage meines Aktenstudiums (wobei diese Akten auch häufig subjektives Gedankengut enthielten) im Brandenburgischen Landeshauptarchiv "Zu den Ereignissen in Guben und der näheren Umgebung".

85 Teilnehmer - darunter ca. 65 Parteilose bzw. Mitglieder anderer Parteien - bildeten ein aufmerksames Publikum. Besonders freuten wir uns über die Teilnahme

von ca. 20 Jugendlichen des Geschichtskurses des hiesigen Gymnasiums. In der nachfolgenden Aussprache schienen mir die wichtigsten Probleme die Auseinandersetzung zur Frage "Revolution oder Aufstand" und "worin lagen die Ursachen für die geringe Resonanz des 17. Juni in Guben" zu sein. Dazu gab es unterschiedliche Auffassungen, doch das ist m. E. legitim.

Guben war bis 1950 ein selbständiger Stadtkreis, gehörte danach zum Landkreis Cottbus und wurde mit der Bildung des Bezirkes Cottbus 1952 Kreisstadt des neugebildeten Landkreises Guben.

In Auswirkung des II. Weltkrieges wurde 1945 die Stadt geteilt. Die Grenze bildete die Neiße. Aus dem bisherigen östlichen Teil - der Wohnstadt - wurde Gubin. Aus dem Westteil - der Industrievorstadt - entstand dann die Stadt Guben. In ihr lebten damals ca. 25.000 Einwohner. Die größten Betriebe waren die heutigen Industriebrachen VEB Gubener Wolle (1951 = 1.973 Beschäftigte) die Hutwerke und die Maschinen- und Eisengießerei. Das spätere Chemiefaserwerk (CFG) und die damit in Verbindung entstandenen Neubaugebiete mit ihrer Infrastruktur gab es noch nicht. Die Verwüstungen des Krieges beeinträchtigten noch erheblich das gesamte Leben in der Stadt. Besonders gravierend war die Wohnungsnot. 1952 lebten in Guben noch 499 Familien in Kellerwohnungen, Baracken und Behelfsheimen sowie Durchgangszimmern und es lagen ca. 1.600 Wohnungsanträge vor.

Bereits vor dem 17. Juni 1953 gab es in der DDR in verschiedenen Betrieben Widerstand gegen die Erscheinungen in der Sozialpolitik der DDR-Regierung, die sich verschlechternd auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen auswirkten. Darunter waren auch aus der näheren Umgebung der Stadt Guben die Betriebe VEM Cottbus, Cottbusser Wolle, Großkokerei Lauchhammer, Kjellberg Finsterwalde u. a. In ihnen protestierten die Beschäftigten mittels Resolutionen und stundenweiser Arbeitsniederlegungen gegen die Einführung der neuen Fahrpreise, die Erhöhung der Normen, Lohnabzüge usw.¹

Diese wenigen Beispiele beweisen für mich, dass die Ereignisse des 17. Juni nicht unverhofft kamen, sondern ihre Ursachen sich allmählich herausbildeten. Doch diese Ursachen wollten von den Führungsorganen der SED und der Staatsmacht nicht gesehen werden.

Eine entscheidende Rolle spielte dabei der für den damaligen Entwicklungsstand in der DDR unrealistische Beschluss der II. Parteikonferenz der SED 1952 zur "Schaffung der Grundlagen des Sozialismus."

Die sich daraus ergebenden Maßnahmen gingen weit über die 1952/53 vorhandenen politischen, ökonomischen und sozialen Möglichkeiten der DDR hinaus und mussten angesichts der noch spürbaren Auswirkungen des II. Weltkrieges auf die Lage der Bevölkerung zu einer Verschärfung der Widersprüche in der DDR führen. Von erheblicher Bedeutung war dabei der kostenaufwendige Ausbau der KVP sowie die Finanzierung der Organisation "Dienst für Deutschland".

Besonders der beschleunigte Aufbau der KVP überforderte in Verflechtung mit der Reparationslast die Leistungskraft der DDR-Wirtschaft. Diese Überforderung sollte durch Sparmaßnahmen und Sozialabbau ausgeglichen werden.

Ausdruck dafür waren:

- * Der Erlass eines "Sparprogramms". Es sah die Erhöhung der Besitz- und Einkommenssteuern, Preiserhöhungen für Lebensmittel (mit Ausnahme der Grundnahrungsmittel), Reduzierungen von Sozialausgaben und Aufwendungen für Kultur sowie Einsparungen in der Volkseigenen Wirtschaft vor
- * Der Entzug von Lebensmittelkarten für die Vertreter der freien Berufe, Kaufleute, Gewerbetreibende und Hausbesitzer
- * Die Aufhebung von Fahrpreisermäßigungen, insbesondere Arbeiterrückfahrkarten. Davon waren besonders die außerhalb ihres Wohnortes Tätigen, z. B. die Bau- und Montagearbeiter betroffen.
- * Falls Eigentümer landwirtschaftlicher Betriebe gegen die Gesetze der DDR - z. B. Erfüllung der Ablieferungspflichten, Viehhalteplan usw. - verstoßen haben, wurde ihnen die Bewirtschaftung ihrer Höfe untersagt und sie wurden oftmals inhaftiert sowie unangemessen bestraft. Analog verhielt es sich mit Gewerbetreibenden, Fabrikanten u. a.

Tatsache ist, dass dabei oftmals unter dem Vorwurf einer volkswirtschaftlichen Schädigung es zu Inhaftierungen und gerichtlichen Verurteilungen von Privateigentümern an PM kam. Zu ihnen gehörten u. a. in Guben der Hutfabrikant Schäfer und der Kohlengroßhändler Hausmann, die beide wegen angeblicher Steuerhinterziehung angeklagt waren. Wenn sie nach ihrer Freilassung von ihren Betriebsangehörigen mit Blumenkörben und Blumensträußen empfangen wurden, dann betrachte ich das als einen Ausdruck dafür, dass ihre Inhaftierung als ungerecht empfunden wurde.²

Eine besonderer Auswirkung sollte der Beschluss des Ministerrates vom 28. Mai 1953 zur Überprüfung und Erhöhung der Arbeitsnormen haben.

Dabei wurde oftmals administrativ vorgegangen. So sollten z. B. lt. Anweisung des Ministeriums in den Betrieben Kjellberg und FIMAG Finsterwalde die Normen um 33 % erhöht werden.³

Im VEB Gubener Eisenwerke waren insgesamt ca. 8.000 Normen vorhanden. Dabei gab es z. B. in der Formerei eine Normübererfüllung von 139 % und in der Abteilung Maschinenbau von 132 %. Die Mehrzahl der Beschäftigten standen der Überprüfung und Neufestsetzung ablehnend gegenüber, denn damit war eine Verringerung ihres Lohnes verbunden.⁴

In der Textilindustrie wurde diese Minderung mit ca. 40 RM und mehr pro Monat angegeben.

Die allgemeine Unzufriedenheit in der Stadt wie auch in den Dörfern des Kreises Guben zeigte sich u. a. in solchen Diskussionen, wie

"Artengerechte und vollständige Belieferung der Lebensmittelkarten (z. B. kein Fisch auf Fleischmarken), Senkung der HO-Preise, Anpassen der Löhne an die Preise, Verbilligung der Arbeitskleidung usw."⁵

Nach einem Bericht fehlte es z. B. im Konsumladen der Gemeinde Sembten an Haferflocken, Grütze, Graupen, Kunsthonig, Wäscheeinweichmittel, Tabak und Zigaretten.⁶

In verschiedenen Dörfern des Kreises, so z. B. in Krayne und Staakow wurde eine Überprüfung des Viehhalteplanes gefordert, da im Verhältnis zur Futtergrundlage

ein zu hoher Viehbesatz gehalten werden musste und dadurch das Vieh bei der Ablieferung in geringere Güteklassen einordnet wurde. Das wiederum wirkte sich auf die Höhe der Bezahlung aus.⁷

Unverständlich, dass die SED-Kreisleitung und deren Parteiorganisationen sowie die Massenorganisationen und hierbei besonders der FDGB und die IG sich dieser Lage nicht bewusst wurden, sondern sich mit Dingen befassten, die m. E. angesichts der heranreifenden Unzufriedenheit zweitrangig waren.

So befassten sich in dieser Zeit die Grundorganisationen der SED mit der Gewinnung von Jugendlichen zum Eintritt in die Organisation "Dienst für Deutschland". Dabei stellte die KI Cottbus am 9. Juni 1953 fest, dass trotz 308 durchgeführter Mitgliederversammlungen zu dieser Thematik nur ein geringer Erfolg vorhanden war.

Dienst für Deutschland war eine Organisation, die lt. Beschluss des Ministerrates vom 24. Juli 1952 gebildet wurde und das Ziel verfolgte, Jugendliche ab 17 Jahre für die Mitarbeit an "entscheidenden sozialistischen Großbauten" zu gewinnen. Sie wurden einheitlich eingekleidet, erhielten Unterkunft und Verpflegung sowie eine DM Tagesgeld.⁸

Da sie nur auf geringe Zustimmung stieß, wurde sie bald wieder aufgelöst.

In den von mir durchgearbeiteten Berichten der Aktivberatungen des FDGB Guben mit den Vorsitzenden der 11 Industriegewerkschaften für die Zeit von November 1952 - Mai 1953 wurde niemals zur Lage der Menschen und deren Problemen Stellung genommen, sondern man befasste sich mit der Gestaltung des Frauentages, des 1. Mai, mit der Zusammenarbeit FDGB und der Nationalen Front usw. So wurden z. B. erstmalig am 17. Juni 1953 die Umsetzung der Beschlüsse zur Normenerhöhung beraten.

Ich bringe diese Beispiele um zu zeigen, dass die Missachtung der Interessen der Menschen und deren Sorgen durch die Organe der SED und der Staatsmacht m. E. die entscheidende Ursache dafür war, dass es zum Ausbruch des Massenprotestes am 17. Juni 1953 kam.

Diese Auffassung fand ich auch durch das Studium des Materials zur IG Bau Holz in der DDR, herausgegeben 1996 vom Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt, bestätigt. Also, nicht die Einflüsse westlicher Sender oder das Wirken "faschistischer Provokateure" führten zum 17. Juni 1953, sondern die fehlerhafte DDR-Politik.

Natürlich wurden diese Proteste durch die Verbreitung von Meldungen des RIAS und das provokatorische Auftreten Einzelner bzw. Gruppen von Personen gefördert. Deren Auftreten war auch oftmals der Anlass zu Ausschreitungen. Dazu gehörten die tätlichen Angriffe auf Volkspolizisten und Mitglieder der SED, die Versuche zur Erstürmung von Kreisleitungen der SED und Haftlagern z. B. der UHA Cottbus, des Sommerhaftlagers in Drewitz, des VPKA Lübben und der VP-Unterkunft in der Großkokerei Lauchhammer.

Dazu würde ich auch das Herunterreißen der Bilder von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht sowie das Verbrennen von FDJ-Fahnen an Schulen im Cottbusser Raum rechnen.

Ich selbst war in diesen Tagen als 22jähriger Jugendlicher in Lauchhammer und kann aus eigenem Erleben die Aggressivität von Teilen der Bauarbeiter bestätigen. Die Mehrheit von ihnen machte mit, ließ sich mitreißen. Sie sind aber nach meiner

Auffassung keine faschistischen oder konterrevolutionären Elemente gewesen, obwohl es solche auch unter ihnen gab.

Bestätigen kann ich aber auch, dass viele der Stammebelegschaft der Betriebe sich gegen die Versuche zur Stilllegung und Zerstörung von Produktionsanlagen wandten. Der Massenprotest verlief im Bezirk Cottbus sehr unterschiedlich und konzentrierte sich im wesentlichen auf die Schwerpunkte Cottbus, Großkokerei Lauchhammer, Finsterwalde und Jessen.

Laut Bericht der BdVP zogen am 17. Juni gegen 7. 00 ca. 250 Großbauern, unterstützt von einigen Arbeitern aus der Ziegelei Gorrenberge sowie der MTS-Leitwerkstatt zur Kreisverwaltung Jessen und forderten die Freilassung aller inhaftierten Bauern. Die anschließende Kundgebung auf dem Markplatz - bei der es zur Entwaffnung eines Polizisten kam - wurde dann mit Mitteln der Staatsgewalt aufgelöst.⁹

In Cottbus begann der Protest im Reichsbahnausbesserungswerk (RAW). Von den ca. 2.500 Beschäftigten legten ca. 1.000 die Arbeit nieder und demonstrierten unter solchen Losungen, wie

- * Nieder mit der Regierung,
- * Freiheit für alle Gefangenen und
- * Senkung der HO-Preise um 40 %

durch die Stadt.

Insgesamt beteiligten sich in Cottbus 24 Betriebe mit 5.718 Beschäftigten an Streikaktionen.

Als ein Schwerpunkt sollte sich Sielow erweisen. Hier wurden durch die Sirene die Dorfbewohner zusammengerufen und es kam zur Kundgebung bzw. Demonstration. Dabei wurden Mitglieder der SED niedergeschlagen, und die Wohnung des im Ort stationierten Polizisten geplündert.¹⁰

In Lauchhammer gingen die Aktionen von der Berliner Firma Gasolan aus. Träger waren besonders die Angehörigen der verschiedenen in Lauchhammer eingesetzten Bau-Unionen.

In einem Bericht an das VPKA Senftenberg hieß es:

"Am 17. Juni 1953 gegen 9. 00 Uhr fand in der Großkokerei eine große Streik-Kundgebung statt, die gegen 15.00 Uhr ihren Höhepunkt erreichte. Die Belegschaften sämtlicher Bau-Unionen der Großkokerei zogen grölend, bewaffnet mit Stöcken aus Moniereisen, Äxten, Beilen, Hammer usw. zu den Bauobjekten, die sich in unseren Betrieben befinden. Ein Teil der Jugendlichen hatte Schlagringe und sie versuchten sämtliche Betriebe stillzulegen."

Aus weiteren Berichten ist zu entnehmen, dass es zu Arbeitsniederlegungen in verschiedenen Abteilungen der Braunkohlenwerke sowie zur Bildung von Streikleitungen kam.

Im Bereich der Hauptwerkstatt des BKW Friedenswacht wurde in Resolutionen gefordert:

- * Herabsetzung der bisherigen Arbeitsnormen
- * Absetzung der Regierung
- * Wiederherstellung der alten Reichsgrenzen
- * Bessere Löhne und Renten
- * Herabsetzung der HO-Preise
- * Keine Maßregelung bei der Einstellung nach dem Streik

Nach Cottbus entsandte Verbindungsleute, die Mitglieder der Streikkomitees und aktiv auftretende Einzelpersonen wurden nach Ausrufung des Ausnahmezustandes inhaftiert.

Eine Zusammenfassung ergab, dass u. a. in Lauchhammer am 17. Juni, 2.065 Beschäftigte der BU Senftenberg und 758 der BU Bitterfeld und am 18. Juni ebenfalls 2.065 Angehörige der BU Senftenberg ganztätig die Arbeit niederlegten und am 19. Juni insgesamt 2.465 bei den BU in Lauchhammer Beschäftigte nicht zur Arbeit erschienen, da sie nach Hause gefahren waren.¹¹

Aus einem Bericht der BdVP Cottbus vom 17. Juni 1953 an den Chef der Deutschen Volkspolizei ist zu entnehmen, dass im damaligen Bezirk Cottbus insgesamt in 76 Betrieben es zu Arbeitsniederlegungen kam. Daran waren 39.042 Beschäftigte beteiligt und es fielen 364.266 Arbeitsstunden aus.

Am 18. Juni hatten 14.983 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Damit war der Höhepunkt erreicht, denn am 19. Juni verringerte sich die Zahl der Streikenden auf 6.335 und sank am 20. Juni auf 532 ab.¹²

Bis zum 27. Juni waren im Bezirk 126 Festnahmen zu verzeichnen, davon 50 in Cottbus. Von diesen wurden 23 freigelassen, 69 saßen mit bzw. ohne Haftbefehl ein, der Staatssicherheit wurden 29 und der sowjetischen Kommandantur 5 übergeben. Im Bereich des VPKA Guben waren bis zum 23. Juni 1953 17 Festnahmen zu verzeichnen, von denen am genannten Tag sich noch 12 Personen in Haft befanden. Einen Gesamtüberblick über die Zahl der Verurteilten und deren Strafmaß habe ich in den Unterlagen nicht gefunden.¹³

Jedoch berichtete die Lausitzer Rundschau unter der Überschrift "Rädelsführer wurden verurteilt" über 10 Verhandlungen.. Davon wurden acht der Angeklagten zu Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen von 1 1/2 - 5 Jahren verurteilt. Zwei Jugendliche wurden freigesprochen bzw. erhielten eine Bewährungsstrafe.¹⁴

Begründungen für die Höhe des Strafmaßes wurden zwar gegeben, doch sie sind aus heutiger Sicht nicht mehr nachvollziehbar und lassen den Eindruck entstehen, dass es mitunter unangemessen hoch und ideologisch durchgesetzt war.

Drei Personen - darunter ein Polizist wurden- verletzt und ein Zivilist wurde durch die Sowjetarmee angeschossen. Tote waren nicht zu beklagen.¹⁵

Im Kreis Guben streikten in drei Betrieben 645 Beschäftigte und es gab einen Ausfall von 2.731 Arbeitsstunden. Diese Betriebe waren das Bahnbetriebswerk in Grunewald, das Sägewerk Tauer und die Bauunion Drewitz.

In den vorliegenden Archivmaterialien fand ich keine ausführlichen Aussagen zum Verlauf des Streiks und den Forderungen der Streikteilnehmer. Erinnerungen von Zeitzeugen sind - bedingt durch das dazwischen liegende halbe Jahrhundert - nur noch bruchstückhaft vorhanden, sehr subjektiv gefärbt und kaum mehr verwertbar.

Im Bahnbetriebswerk (BW) Grunewald scheint die Belegschaft - ca. 200 Beschäftigte - für drei Stunden geschlossen gestreikt zu haben. Dabei fielen 960 Arbeitsstunden aus. Jedoch nahmen am 19. Juni um 9.00 Uhr 90 % der Beschäftigten die Arbeit wieder auf.

Verhaftungen gab es acht, die aber meines Wissens bald wieder freigelassen wurden. Im Sägewerk Tauer haben am 19. Juni 12 der 20 Beschäftigten 2,5 Stunden gestreikt. Jedoch gelang es der Betriebsleitung zu erreichen, dass am selben Tag die Arbeit

wieder aufgenommen und die ausgefallenen Arbeitsstunden nachgearbeitet wurden. Auf der Baustelle Drewitz - gemeint ist damit der Bau der Anlagen des Flugplatzes Jänschwalde - scheint die Arbeitsniederlegung am 18. Juni durch die Beschäftigten der Firma Manikel, aus Cottbus ausgelöst worden sein. Andere Bauarbeiter schlossen sich an, so dass insgesamt ca. 300 Arbeiter streikten. In den Vormittagsstunden zog man dann zum Sommerhaftlager der UHA Cottbus in Drewitz.

Die dortigen Wachmannschaften wurden alsbald durch eine Kompanie KVP aus Cottbus verstärkt und es rückte auch eine sowjetische Panzereinheit an. Jedoch brauchten diese Verstärkungskräfte nicht einzugreifen, nahmen jedoch die "Anstifter" fest. In den Abendstunden wurden dann die Häftlinge des Außenlagers nach der UHA Cottbus gebracht.¹⁶

Am 19. Juni wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Der Ausfall an Arbeitsstunden betrug 1.200.

In den nachfolgenden Aussprachen und Zusammenkünften sprachen die Beschäftigten der Baustelle Drewitz besonders soziale Probleme an.

Das waren z. B.

- zu hohe Preise des Mittagessens (1 Mark), ungenügende Belieferung der Lebensmittelmarken, zu wenig Industrieartikel (Lederschuhe, Fahrräder, Arbeitskleidung u. a.)
- Unsauberkeit in den Wohnunterkünften¹⁷

In Weiterführung der Gespräche kam es in den folgenden Monaten - und das trifft nicht nur für die BU Drewitz zu - zu freiwilligen Normerhöhungen einzelner Brigaden.

In der Stadt und im Landkreis Guben waren also nur relativ geringe Auswirkungen des Protestes in Berlin, im mitteldeutschen Raum und in anderen Orten zu verspüren. Aus dieser Tatsache ergeben sich Fragen. Eine davon ist:

Warum haben sich die Gubener Textil- und Hutarbeiter - die ja bekanntlich die Mehrheit der Beschäftigten in Guben stellten - nicht an den Massenprotesten beteiligt?

Ihre Haltung steht im Gegensatz zu den Beschäftigten anderer Betriebe der Textilindustrie im Bezirk Cottbus. So kam es in den Trikotagenwerken Lübben und Lübbenau, sowie in den Cottbusser Betrieben Wollwarenfabrik (außer Werk IV in Peitz), der Tuchfabrik, der Bekleidungswerke, des Konsumbekleidungswerkes, der Lausitzer Strümpfe, der Forstdienstbekleidung, der VEB Segeltuchweberei und der Segeltuchweberei Schmogrow am 18. Juni zu Arbeitsniederlegungen und es erfolgte erst im Verlaufe des Tages die Arbeitsaufnahme. Eines der Hauptargumente der Streikenden dieser Betriebe war *"wir wollen keine Streikbrecher sein"*.

Ich würde den Versuch einer Antwort darin sehen, dass in Guben unter den Textil- und Hutarbeitern ein traditionell links eingestelltes Potential vorhanden war und dieses - zurückdenkend an die schrecklichen Folgen des Hitlerkrieges für die Gubener Einwohner - nicht die Fortschritte der sozialen Verbesserungen aufgeben wollten.

Diese Antwort hat aber auch Widerspruch hervorgerufen. So wird u. a. auch die Meinung vertreten, dass die "Zurückhaltung" der Gubener auf Repressalien der sowjetischen Kommandantur, der Staatsorgane der DDR usw. aus den zurücklie-

genden Jahren und Monaten zurückzuführen ist.

Gestützt werden könnte diese Meinung mit der Auffassung des Vorsitzenden der NDPD Guben. "Er kommt noch nicht wieder darüber weg, dass es in anderen Städten zu Unruhen kommen konnte und ausgerechnet in Guben als Grenzstadt alles ruhig verlaufen ist. Dieses gibt ihm zu denken."¹⁸

Erwähnenswert ist m. E., dass trotz des auch für Guben geltenden Ausnahmezustandes in Guben keine sowjetischen Panzer stationiert waren und alle vorübergehend Inhaftierten nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurden.

Tatsache ist aber auch, dass in Guben in verschiedenen Betrieben, so z. B. in der Maschinenfabrik Lehmann (Wilkestraße) oder in der privaten Leisten- und Rahmenfabrik C Aders (später Möbelfabrik Mittelstr.) eine bestimmte Streikbereitschaft vorhanden war, es wahrscheinlich jedoch am unmittelbaren Anstoß zum Ausbruch fehlte.

Erschrocken über das Aufbegehren der Werkstätigen versuchten nunmehr die Leitungen der SED Einfluss auf deren Verhalten zu nehmen. So setzte auch in Guben unter Führung der SED-Kreisleitung eine verstärkte politische Arbeit in den Betrieben ein.

In Partei- und Belegschaftsversammlungen wurden die Beschlüsse des Ministerrates zur Aufhebung der beschlossenen Maßnahmen und zur Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen diskutiert.

Zustimmung gab es auch zu solchen Maßnahmen, wie

- * dass die Lohnberechnungen wieder auf Grundlage der Arbeitsnormen zu erfolgen haben, die am 1. April gültig waren,
- * Erhöhung der Witwenrenten von 55 auf 65 DM und der Invaliden- und Unfallrenten von 65 auf 75 DM,
- * Aufhebung der täglichen Stromabschaltungen bei der Bevölkerung durch Einschränkung des Stromverbrauchs in der Schwer- und Grundstoffindustrie

Tatsache war aber auch, dass man sich mit solchen Meinungen auseinandersetzen musste, wie:

- * Warum werden die Fehler erst jetzt erkannt, das ist doch eine Blamage für die Regierung,
- * das Eingreifen der sowjetischen Armee war falsch, denn es war eine innerdeutsche Angelegenheit,
- * uns wird es nie besser gehen, denn wir arbeiten nur für die Sowjetunion (Lederwerke)
- * die Beschlüsse sind zwar gut, doch ob sie umgesetzt werden ist zweifelhaft (Gubener Wolle Werk II),
- * die Oder-Neiße-Grenze wird aufgehoben.

Zur letzten Meinung möchte ich noch erklären:

Obwohl viele Gubener im Juni 1945 ihre Wohnungen im späteren polnischen Gubin oftmals unter drastischen Umständen verlassen mussten und zum großen Teil in Guben verblieben, fand ich in den Unterlagen kaum Bemerkungen zur Forderung "Wir wollen in unsere Heimat zurück".

Aus eigenem Erleben weis ich aber, dass die Befürworter der Oder-Neiße-Grenze häufig als "Vaterlandsverräter" bezeichnet wurden und die Problematik "Wir wurden

aus unserer Heimat vertrieben" bis in die jüngste Zeit eine Rolle spielte. Ob diese Diskussionen 1953 unter den Bewohnern der Stadt wirklich nicht auftraten oder ob sie verschwiegen wurden, ist heute nicht mehr nachvollziehbar. Die Aktenlage jedenfalls lässt darüber keine Aussage zu.

Immer wieder wurde auch die Forderung nach Herabsetzung der HO-Preise erhoben. Bekanntlich wurden in den HO-Geschäften (zuerst als freie Läden benannt) die Waren ohne Lebensmittelkartenabgabe und zu höheren Preisen verkauft.

Diese Preise wurden zwar regelmäßig gesenkt, doch sie waren - im Verhältnis zum Verdienst vieler Menschen - immer noch sehr hoch

So kosteten:

Artikel	Preise 1949 in DM	Preise 1954 in DM
500 gr. Margarine	55,00	2,70 - 3,50
500 gr. Weizenmehl	10,00	0,64 - 0,85
500 gr. Marmelade	17,50	0,97 - 1,30
500 gr. Speck	45,00	5,70
500 gr. Zucker	16,50	1,40 - 1,50
500 gr. Butter	65,00	10,00
1 Brötchen	0,65	0,06

1954 gab es im Kreis Guben 21 Lebensmittel- und 10 Industriewarengeschäfte (31), vier Produktionsbetriebe und vier Gaststätten.¹⁹

Die Teilnahme an erwähnten Belegschaftsversammlungen war sehr unterschiedlich. Durchschnittlich lag sie bei 70 - 80 %. So nahmen z. B. in den Schulen von den 265 Beschäftigten 185 = 70 % teil. In den Diskussionen wurden neben den allgemeinen und bereits genannten Argumenten besonders pädagogische Probleme behandelt.

Nach Einschätzung der SED-Kreisleitung waren "negative Stellungnahmen sowie eine besondere Zurückhaltung" besonders in den Gemeinden zu verzeichnen.

So sollen die Einwohner von Jänschwalde sich besonders über das Eingreifen der sowjetischen Panzer und über die Notwendigkeit einer neuen Regierung geäußert haben. In Krayne wurde besonders über die Bevorzugung der LPG mit Kunstdünger, Sämereien für den Zwischenfruchtanbau usw. Klage geführt.

Des weiteren wurde erklärt "Warum gibt die Regierung in der Frage der Oder-Neiße-Grenze nicht klein bei. Hört Euch einmal die Stimmung der Umsiedler an.

Die haben schon ihre Koffer gepackt mit der Hoffnung, dass es jetzt wieder rübergeht."² Vereinzelt wurde auch gefragt, ob die gebildeten LPG aufgehoben werden.

Im Gegensatz zur relativ guten Teilnahme in den Belegschaftsversammlungen stand die Teilnahme an den Mitgliederversammlungen der SED. So waren im VEB GUS von den 32 Mitgliedern nur 12 und in den VHG von 184 nur 70 Teilnehmer zu verzeichnen.²¹

Wie in allen anderen Kreisen fand auch in Guben am 1. Juli 1953 eine Großkundgebung mit dem Ziel statt, das wiedergewonnene Vertrauen in die Politik von SED und Regierung zu dokumentieren.

Im Einladungsflugblatt hieß es u. a. dazu:

"Das offene Gespräch zwischen der Bevölkerung, der Partei der Arbeiterklasse

und der Regierung der DDR hat begonnen. ... unsere gemeinsame Arbeit, das feste Vertrauen zur Partei und Regierung nimmt den faschistischen Provokateuren ein für allemal die Möglichkeit zu neuen Putschversuchen..."²²

Durch diese Formulierung wurden m. E. die Streikenden, so z. B. auch die Beschäftigten des BW Guben, als faschistische Provokateure bezeichnet. Eine Zuordnung, die nicht den Tatsachen entsprach.

Trotz intensiver Vorbereitung nahmen nur ca. 2.500 Menschen daran teil. Die LR fragte dazu: "... oder war es die nicht genügend geleistete Überzeugungsarbeit der Parteien und Massenorganisationen, die viele Arbeiter, wie z. B. den VEB Gubener Wolle veranlasste, der Großkundgebung fernzubleiben."²³

An den Kundgebungen in Forst nahmen 8.000, in Spremberg 2.600 und in Senftenberg 4.500 Personen teil.²⁴

In den Aussprachen in den Betrieben, Schulen und Gemeinden war oftmals eine große Zurückhaltung zu verspüren.

Als Ursache dafür wurde in der Gubener Wolle genannt:

"Die Menschen werden erst dann wieder mitdiskutieren, wenn nicht jeder, der sich kritisch äußert, als Provokateur bezeichnet wird."²⁵

Wie berechtigt diese Meinung war, sieht man u. a. an den Begründungen für den Ausschluss von SED-Mitgliedern.

So schlug die KPKK Guben den Ausschluss eines Genossen Lehrers und seine Entlassung aus dem Schuldienst mit der Begründung vor, dass er mit seiner Äußerung eine partei- sowie sowjetfeindliche Haltung an den Tag legte. Diese Äußerung bestand darin, dass er die Verhängung des Ausnahmezustandes als einen Ausdruck dafür bezeichnete, dass die DDR somit kein souveräner Staat sei.²⁶

Diese und andere Ausschlussvorschläge wurden zwar nicht bestätigt, zeigen m. E. aber, wie die Erscheinungen des Stalinismus auch weiterhin in der Gubener SED wirkten.

Insgesamt wurden durch die BZL Cottbus nach dem 17. Juni 1956 Ausschlussverfahren durchgeführt. Darunter waren zwei ehemalige KPD- und 16 ehemalige SPD-Mitglieder. An Austritten waren 22 zu verzeichnen.

Als Erscheinung des Stalinismus betrachte ich auch die Fragestellung und Diskussion auf der Kreisaktivtagung des FDGB am 10. August 1953 "ob die Beschäftigten, welche sich die Spendenpakete aus Westberlin abholten, von der Betriebsleitung entlassen werden können".²⁷

Aus dem Bezirk Cottbus holten sich ca. 14.000 Personen solch ein Paket.

Abschließend möchte ich darlegen, wie ich den 17. Juni 1953 charakterisiere.

Für mich war er *"ein spontan ausgebrochener - doch regional unterschiedlicher - Massenprotest von Teilen des Volkes in der DDR gegen die sozialen, ökonomischen und rechtlichen Folgen in der Politik der SED nach deren II. Parteikonferenz 1952 mit dem Ziel, eine Reformierung der DDR zu erreichen.*

Obwohl der Protest - dessen wichtigste Form der Streik war - unter den Einfluss westberliner Kräfte und Medien zunehmend politische - gegen die Regierung und die SED gerichtete Züge erhielt - zielte er nicht auf eine Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse in der DDR ab."

17. Juni 1953

Quellen- und Literaturverzeichnis

- ¹ Prokop, Der 17. Juni 1953 Geschichtsmymthen und historische Prozesse, Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 81, S. 16/17
- ² Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Rep. 931, Akte 110, Berichte der SED - Kl
- ³ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 930, Akte 42, SED - BZL Cottbus, Sitzung der BZL v. 7. 8. 53
- ⁴ Lausitzer Rundschau vom 11. 6. 53 S. 5
- ⁵ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 931, Akte 110, Bericht der SED - KL - Guben v. 30. 6. 53
- ⁶ Lausitzer Rundschau vom 15. 6. 53, S. 5
- ⁷ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 931, Akte 110, Bericht der SED - KL Guben
- ⁸ Dietrich, Der 17. Juni 1953 in der DDR, Dietz-Verlag Berlin, 1991, S. 196- 99
- ⁹ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 871/ 17, BdVP Cottbus, Akte 152
- ¹⁰ Ebenda
- ¹¹ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 930, Akte 721
- ¹² Brandenburgisches. .. a. a. O, Rep. 871/17, Akte 152, BdVP Cottbus
- ¹³ Ebenda
- ¹⁴ Lausitzer Rundschau v. 26. 6. 53 S. 3 und 27. 6. 53 S. 3
- ¹⁵ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 871/17, Akte 152, BdVP Cottbus
- ¹⁶ Ebenda
- ¹⁷ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 947, Akte 922, FDGB Guben
- ¹⁸ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rwp. 931, Akte 110, Bericht SED-KL v. 24. 6. 53
- ¹⁹ Walter Nedoma, Heimatkalender Guben 1984, S. 25 - 27
- ²⁰ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 931, Akte 110, Bericht SED-Kl v. 23. 6. 53
- ²¹ Brandenburgisches. .. a. a. O., Rep. 931, Akte 110 SED -. Kl - Guben und Rep.

947, Akte 1169, FDGB Guben

²² Kopie des Flugblattes, im Besitz des Verfassers

²³ Lausitzer Rundschau vom 6. 7. 53, S. 5

²⁴ Brandenburgisches. . . a. a. O., Rep. 930, Akte 722, Bericht BZL Cottbus v. 1. 7. 53

²⁵ Brandenburgisches. . . , a. a. O., Rep. 947, Akte 1169, FDGB -Kreisaktivtagungen 1952 -53

²⁶ Brandenburgisches. . . a. a. O., Rep. 930, Akte 594, SED - BZL Cottbus

²⁷ Brandenburgisches. . . a. a. O., Rep. 947, Akte 1169, FDGB - Kreisaktivtagung 1952 - 53